

Die Arbeiten des Reichstages und Fürst Bismarck.

Unser Berliner — Correspondent schreibt:

Die dritte Lesung des Etats im Reichstage wird mindestens noch eine Sitzung in Anspruch nehmen; jedenfalls aber wird man erreichen, den Etat, wie dies der Präsident vorausgesehen hat, bis zum 26. d. Mts. fertig zu stellen und also mit dem 1. April gesetzmäßig zu publizieren. Im Großen und Ganzen sind die Veränderungen, die das Haus damit vorgenommen hat, unerheblich, wohl aber steht noch eine umfassende Erörterung über die Frage des Zollanschlusses von Altona in Aussicht. Wie wir bereits mitgeteilt haben, sind drei Mitglieder des Bundesraths, nämlich der Finanzminister Bitter, der braunschweigische Gesandte, Geheimrath von Liebe, und der königliche bayerische Commissar Schmidkonz vor Kurzem nach Altona und der Unterelbe abgereist, um die dort projectirten Zollvereinfachungen in Augenschein zu nehmen. Hauptsächlich wird bei den weiteren Erörterungen das Material, welches die Herren dort gesammelt haben, dem Reichstage nicht vorenthalten bleiben. Man hofft allgemein, daß auch über die Stellung der Regierung zu den Fragen bei den weiteren Debatten Näheres mitgeteilt werden möchte.

Fürst Bismarck wird durch die Folgen einer starken Erkältung noch immer von der Theilnahme an den Reichstagsarbeiten ferngehalten; man hat aber Grund zu der Annahme, daß er zunächst bei den Debatten über den Zollanschluß Altonas anwesend sein wird, es liegt dies wenigstens, wie in Reichstagskreisen verlautet, in seinen eigenen Wünschen. Ebenso hat der Fürst Abgeordneten gegenüber geäußert, daß er den ersten Lesungen der Vorlagen über die Steuererlasse sowie über das Innungswesen und das Arbeiter-Unfallversicherungs-gesetz beizuwohnen werde.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

19. Sitzung vom 21. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesraths von Bötticher, von Schelling, von Verdy, Graf Lindburg-Stirum, Liebenow u. A.

Eingegangen sind die Gesetzentwürfe wegen Erhebung der Brausteuer, von Reichstagsabgeordneten und betr. die Besteuerung der zum Militärdienst nicht berufenen Wehrpflichtigen.

Zunächst wird der Gesetzentwurf, betreffend die Rüstenfrachtfahrt, umgeändert in Gestalt der Regierungsvorlage im Einzelnen und im Ganzen in zweiter Berathung genehmigt. Am Freitag war die Abstimmung über den Antrag des Abg. Roggemann und Genossen (die §§ 1 und 2 der Vorlage zu streichen und an ihre Stelle folgenden § 1 zu setzen: „In einem deutschen Seehafen geladene Güter nach einem anderen deutschen Seehafen zu befördern, um sie dorthin auszuladen (Rüstenfrachtfahrt), ist ausländischen Schiffen gleich dem deutschen gestattet. Es kann jedoch durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths für Schiffe derjenigen Staaten, welche die deutschen Schiffe von der Rüstenfrachtfahrt ganz oder theilweise ausschließen oder ihnen dieselbe nur unter erschwerenden Bedingungen zugestehen, die Rüstenfrachtfahrt ganz oder theilweise untersagen.“) — wegen Verletzung des Hauses resultatlos geblieben. Bei der heute wiederholten Abstimmung wird der Antrag gegen eine sehr starke Minorität, mit der von den Conservativen auch die Abg. v. Maltzahn-Gülz und Flügge stimmen, abgelehnt und werden die §§ 1 und 2 unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen. Sie lauten: § 1. Das Recht, Güter in einem deutschen Seehafen zu laden und nach einem anderen deutschen Seehafen zu befördern, um sie dorthin auszuladen (Rüstenfrachtfahrt), steht ausschließlich deutschen Schiffen zu.

§ 2. Ausländischen Schiffen kann dieses Recht durch Staatsvertrag oder durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths eingeengt werden.

Ebenso die folgenden. § 3. Der Führer eines ausländischen Schiffes, welcher unbefugt Rüstenfrachtfahrt betreibt, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Einziehung des Schiffes und der unbefugten beförderten Güter erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Betheiligten gehören oder nicht. Der § 42 des Strafgesetzbuchs findet entsprechende Anwendung. § 4. Bestehende verfassungsmäßige Bestimmungen über die Rüstenfrachtfahrt werden durch dieses Gesetz nicht berührt. § 5. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1882 in Kraft.

Darauf beginnt die dritte Berathung des Etats für 1881—82.

Abg. Stumm: Die Angriffe, welche bei der ersten und zweiten Lesung des Etats gegen die neue Wirtschaftspolitik gerichtet worden, haben ein wahres Herrbild der wirthschaftlichen Verhältnisse gegeben. An der Spitze der Opposition hat hier, wie überall, Herr Richter gestanden, der seine Staatsrede dahin zuließ, daß der Kaiser, wenn es so fortginge, sich und das Land ruinire. Zum Beweise dessen hat er uns zunächst das alte Paradies wieder vorgeritten von den Versprechungen, welche gemacht, aber nicht gehalten worden seien. Mit dieser Redensart sollte man doch ein für alle Mal aufhören. Die Versprechungen, welche der Reichskanzler und die rechte Seite dieses Hauses gemacht haben, werden, wenn die jetzige Majorität noch eine Reihe von Jahren erhalten bleibt, auch gehalten werden, weil dann die Prämien aufreissen, auf Grund deren diese Versprechungen überhaupt gemacht werden konnten. Ein erheblicher Theil der Forderungen, welche der Reichskanzler im Jahre 1879 stellte, ist abgelehnt, die Tabaksteuer wesentlich ermäßigt worden. Wenn der Abg. Richter trotzdem eine Rechnung von 130 Millionen aufstellt, welche durch die neuen Zölle und Verbrauchssteuern im Ganzen als Mehreinnahmen erzielt werden sollen, so ist diese Rechnung nicht allein viel zu hoch, sondern der Abg. Richter übersieht außerdem, daß der in Aussicht genommene Ertrag der Tabaksteuer noch gar nicht erreicht ist; in etwa zwei Jahren werden wir 20 Millionen aus dem Tabak mehr erzielen als heute, und hierdurch wird erst die Erleichterung der Einkommensteuern erreicht, welche beim Erlaß des Gesetzes in Aussicht genommen war. Trotzdem ist in dieser Richtung bereits ein recht erhebliches Resultat erreicht worden. Wir haben den Einzelstaaten 66 Millionen überwiesen, denen eine Vermehrung der Matrikularbeiträge von 13 Millionen gegenübersteht.

Es bleibt also ein Ueberschuß für die Einzelstaaten von 53 Millionen ab, d. h. ein Betrag von 1,20 Mark pro Kopf der Bevölkerung, also 30 Mark so viel, als Herr Richter behauptet hatte. Ob die 53 Millionen von den Einzelstaaten direct zu Steuererleichterungen verwendet werden sind, mit dieser Frage haben wir nichts zu thun. Für uns genügt es, die Einzelstaaten zu entlasten. In Preußen sind bereits 14 Millionen an directen Steuern erlassen worden, und wenn diese Summe nicht größer war, so weiß der Abg. Richter am besten, daß der Grund nur in dem vorhandenen Deficit lag, dessen Beseitigung sonst lediglich durch eine — jetzt glücklicherweise — Erhöhung der directen Steuern möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Außerdem haben wir neben der Ueberweisung der 53 Millionen die Schlagfertigkeit unserer Armee erheblich vergrößert. Der Abg. Richter wendet zwar ein, die Vermehrung trete lediglich erst in zwölf Jahren vollständig ein; dies ist richtig, aber die Schlussfolgerung ist falsch, daß in jedem Jahre nur ein Zwölftel der Vermehrung perfect werde. Schon in diesem Jahre erreichen wir ein Drittel der Gesamtvermehrung der Armee und werden die vollständige Organisation jedenfalls sehr viel früher als in 12 Jahren errichten. Nun hat der Abg. Richter gesagt, daß er auf diese Verstärkung der Armee keinen großen Werth legen könne, der Reichskanzler habe ja eine lange Axt des Friedens verbrüht und die Budget-Commission solle deshalb Abschnitte von vielen Millionen machen. Trotzdem sind von seinen Freunden weder in der Commission noch hier im Hause

darauf bezügliche Anträge gestellt worden. Von den von anderer Seite gestellten Anträgen ist der Abg. Richter nur für den des Abg. v. Frandenstein eingetreten, jedoch nicht mit der ihm sonst innewohnenden Wärme. Dieser Antrag ist jedoch nicht angenommen worden, und wäre es geschehen, so wäre nicht ein Abstrich von vielen Millionen, sondern nur von 500,000 Mark, also nach der klassischen Sprache des Abg. Richter ein „Trinkgeld“ von 1 Pfennig pro Kopf erfolgt.

Der Grund, weshalb Herr Richter und seine Freunde diese dollmündenden Versprechungen von den Abstrichen im Militäretat nicht gehalten haben, liegt wohl darin, daß sie bei ihren zahlreichen Reisen in die Wahlkreise die Erfahrung gemacht haben, daß ihre Angriffe gegen die Schlagfertigkeit der Armee in der Bevölkerung wenig Anklang finden, und daß die Nation, heute vielleicht mehr als je, angezogen ist der schrecklichen Ereignisse in unserem Nachbarlande von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, die Armee aufrecht zu erhalten, als ein Bollwerk geordneter Staatsverhältnisse nach innen wie nach außen. (Sehr richtig!) Als einen zweiten Beweis der Minderregierung, welcher jetzt herrsche, hat der Abg. Richter geltend gemacht, daß die Regierung, die im vorigen Jahre unter den Tisch des Hauses gefallen Gesetze wieder vorlege, und dadurch eine unglückliche Nachschußung des Hauses documentire. Das Rüstenfrachtfahrtgesetz ist soeben vom Hause angenommen worden; den Entwurf über die Besteuerung der Dienstwohnungen hat die Commission ebenfalls genehmigt, und er wird voraussichtlich auch die Zustimmung des Plenums finden; auch die Ausichten für die Annahme der Verfassungsänderung bezüglich der Staatsperioden sind keineswegs so ungünstig, wenigstens interessieren sich sehr bedeutende Theile des Hauses für dasselbe. Was die Steuerentwürfe betrifft, so wollen wir das Ergebnis derselben ruhig abwarten; über die Annahme der Börsensteuer wird im Hause wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit sein. Die abschließende Kritik des Abg. Richter richtet sich hiernach von selbst. Mit großer Empfange hat man von jener Seite die Schuld an der Antisemitischen Bewegung der Regierung und den ihr nachstehenden Parteien zur Last gelegt. Ich erinnere daran, daß mein Freund Graf Velsbush-Huc der erste war, der hier im Hause einen sehr lauten Protest gegen diese Bewegung ausgesprochen hat; ich weiß also nicht, ob jener Vorwurf sich auch gegen meine Partei richten soll. (Abg. Richter: Gegen Velsbush-Huc nicht.) Trotzdem muß ich dem Abgeordneten Richter jenen Vorwurf zurückgeben. Der Conflict, den ich im Abgeordnetenhaus, in der Presse, theilweise auch hier im Hause mit dem Abgeordneten Richter gehabt habe, führt sich auf ein Gedicht zurück, welches in einer antisemitischen Zeitung gestanden hat und welches ich selbst, von dem Grundsatze ausgehend, daß es mir vollkommen gleichgültig ist, ob die Erregung des Klassenhasses von hyperconserwativer oder hyperdemokratischer Seite ausgeht, mit meinen Kollegen, den Arbeitgebern im Saargebiet, als aufregend und socialdemokratisch wirkend, verboten habe.

Der Abg. Richter hat dagegen dieses antisemitische Gedicht ausdrücklich in Schutz genommen und dadurch bewiesen, daß Sie die Bewegung nur tabeln, wenn sie Racenachtheile verbreitet, daß Sie aber paßt, wenn sie Klassenhass verbreitet. Ich muß dagegen sagen, so sehr ich die Aufregung zum Racenachtheil verdamme, so halte ich die Aufregung zum Klassenhass doch für viel gefährlicher, weil durch den letzteren nicht nur eine große Zahl von Arbeitern und anderen Personen persönlich gefährdet, sondern auch der Staat selbst in seinen Grundfesten erschüttert wird. Wenn der Abg. Vamberger neulich mit einem ironischen Hinweis auf Herrn Dödelhauer geäußert hat, die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ habe jeden Freihändler für einen Philisten erklärt, so würde eine solche Behauptung eine ganz ungeheure Uebertreibung sein und ich schließe mich seinem Tadel sehr gern an; aber ein Körnchen Wahrheit liegt doch darin. Nicht als ob ich die Herren Vamberger oder Richter irgendwie für Philisten hielte (weiterer), aber gewisse rabuläre Organe, die ihre politische Opposition auf das wirthschaftliche Gebiet übertragen, führen allerdings eine Sprache, die schließlich dahin führen muß, daß eine Aufregung entsteht, über deren Tragweite sich Niemand von vornherein im Klaren sein kann. (Widerspruch links.) Zum Beweise meiner Behauptung führe ich an, daß das „Neutürkische Tageblatt“, welches Abg. Richter für ein fortschrittliches erklärt, und das von der Fortschrittspartei nicht verleugnet wird, ausdrücklich anerkennt, daß die Fortschritte der Socialdemokratie wesentlich der fortschrittlichen Agitation zuzuschreiben seien. Wenn Ihre eigenen Blätter dies zugeben, so dürfen Sie nur die New Yorker Berichte lesen, um zu wissen, wozu die Socialdemokratie fährt. Das Können Wahrheit also können Sie nicht leugnen. (Widerspruch links.)

Die Abstriche behaupte ich nicht, aber die Wirkung. Es hat mich gewundert, daß die große Entschiedenheit und Festigkeit, mit welcher von der linken Seite früher die Debatten über die Zollpolitik geführt wurden, jetzt einem ziemlich gleichgültigen Tone Platz gemacht hat. Heute beschränkt man sich auf einige Berichte von Consumvereinen und auf Bemerkungen, wie, man müsse die eckliche Probe machen, Zahlen beweisen gar nichts, ein Jahr sei so kurz, daß man jetzt noch gar nichts sagen könne. Bezüglich der Eisenzölle trifft diese letzte Bemerkung nicht zu, weil die Wirkung derselben vom Sperrgesetz, also seit zwei Jahren datirt werden muß. Wenn jemand an schlechtem Gist leidet, und er bekommt plötzlich vom Arzt ein Gegenmittel und wird gesund, so kann man doch nicht einwenden, er wäre vielleicht auch ohne das Gegenmittel gesund geworden, oder man müsse abwarten, ob er auch nach 10 Jahren gesund bleibt. Das scheint mir eine unzulässige Logik zu sein, die Sie auch früher, als Sie die Majorität hatten, niemals beobachtet haben. Als man die Eisenzölle aufhob, wollte man uns statistisch die Nothwendigkeit beweisen, und wies unsere Forderung, den Werth der statistischen Zahlen erst zu prüfen, als unzulässig zurück. Heute erklären Sie, Zahlen beweisen nichts, wenn sie nicht durch die freihändlerische Willen angesehen werden. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, so mangelhaft die Statistik sein mag, so läßt sich doch aus den Zahlen Relatives beweisen, wenn auch nicht Absolutes; jetzt betreten Sie auch das Relative. Die Behauptung des Abg. Vamberger, daß wir jetzt mit einem Male auf die Ausfuhr einen gewissen Werth zu legen anfangen, während wir sie früher als eine Lokale behandelt hätten, muß ich als völlig unwarer zurückweisen, und berufe mich auf meine Rede vom Jahre 1879, wo ich ausführlich über die große Bedeutung der Ausfuhr gesprochen und ausdrücklich erklärt habe, niemals einer Maßregel meine Zustimmung zu geben, wenn die Ausfuhr dadurch gefährdet würde.

Herr Vamberger hätte viel besser gethan, diesen Vorwurf an die Adresse des Herrn Dödelhauer zu richten, der gesagt hat: Es ist ganz gleichgültig, was ein- und was ausgeführt wird, die wirthschaftliche Lage ist von der Zollpolitik vollständig unabhängig, wir können weder durch Statistik noch durch Import- und Exportlisten der Prüfung derselben näher treten. Herr Vamberger hat ferner Gewicht gelegt auf das Zeugniß des Herrn Dödelhauer, der früher 20 Jahre Schutzzöllner gewesen und plötzlich Freihändler geworden sei, während der Herr Reichskanzler dem Freihändler zum Schutzzöllner übergegangen sei. Der Vergleich deckt sich absolut nicht. Der Herr Reichskanzler hat mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß er aus Mangel an Zeit sich mit wirthschaftlichen Fragen nicht beschäftigen konnte und der Autorität, auf die er damals in diesen Dingen vertraut habe, die Verantwortlichkeit überlassen mußte, daß er aber durch den Abgang dieser Autorität gezwungen gewesen sei, die Fragen selbst zu studiren, und da sei er zu seinem augenblicklichen Standpunkt gekommen. Von einem Meinungswechsel ist also keine Rede. Herr Dödelhauer lag die Sache anders. Er hatte sich im Jahre 1879 auf Grund eingehender Studien als Wärmte für die Einführung der Eisenzölle und Industriezölle ausgesprochen, aber sich in seinem Schlussbottum gegen die Weichzölle und die landwirthschaftlichen Zölle überhaupt gewendet. Später erklärte er sich gegen das ganze System von 1879, Herr Dödelhauer hat allerdings im Jahre 1879 die Objectivität so weit getrieben, daß, nachdem er sich für die Eisenzölle ausgesprochen, er an der Abstimmung nicht theilnahm, sondern als entschuldigter im stenographischen Bericht steht. Ob dies ein Beweis einer großen Ueberzeugungstreue ist, möchte ich einigermaßen bezweifeln. Ein Beweis der Argumentation des Herrn Dödelhauer ist folgendes: Er sagt, 1873 war ungewiß, ob das günstigste Jahr für die deutsche Eisenindustrie, 1878 das ungünstigste. Nun sind im Jahre 1873 10 Millionen Centner englischer

Roheisen eingeführt und 1878 weit weniger. Dies beweist einfach, daß die Einfuhr des Roheisens nicht als Nachtheil für die Eisenindustrie gelten kann.

Wenn Herr Dödelhauer die Zolldebatten von 1879 gründlich studirt hätte, würde er gefunden haben, daß diese für ihn ganz auffällige Erscheinung von uns damals vorausgesehen wurde. Ich habe damals ausdrücklich erklärt, in einem Momente, wo das Land nicht genug Material erzeugen kann, wo die Production also in die Höhe geht, ohne dem Bedürfnisse zu genügen, ist die Einfuhr natürlich für das Land und die Eisenindustrie ein Segen; sowie aber die Eisenindustrie in ihrem Quantum zurückgeht und der inländische Markt nicht einmal dasjenige produciren kann, was bei normalen Zeiten consumirt wird, bleibt die allergeringste Ziffer der Einfuhr von erheblichem Nachtheile. Ebenso liegt es mit der Ausfuhr. Mit der Ausfuhr, welche stattfindet in einem Augenblick, wo mit Verlust gearbeitet wird, verhält es sich wie mit dem Bauer, dem der Wucherer die Kuh aus dem Stalle exportirt, während die Ausfuhr, die mit steigenden Preisen in Verbindung steht, als Aufschwung der Eisenindustrie bezeichnet werden kann. Nun mache ich aber auf die Vermehrung der Production aufmerksam und berufe mich dabei auf die anerkannte Autorität des Geh. Bergamts Rönning. Nach ihm hat die Roheisenproduction 1880 um 23 pCt. gegen 1879 zugenommen, die von Schweizeisen um 11 pCt., von Fluzeisen um 33 pCt. Kommt zu einer so bedeutenden Production noch die Zunahme der Ausfuhr, so wird man nicht leugnen können, daß es sich um eine productive Ausfuhr handelt. Daß die Löhne liegen, hat auch die Mehrzahl der Gegner zugegeben. Herr Sonnemann hat zwar behauptet, daß diese Lohnerhöhung ausgeglichen werde durch die Mehrbelastung in Folge der Zölle auf Rohungsmittel, Petroleum und dergleichen. Ich fordere ihn auf, mir bei der Specialdebatte den Nachweis für die Höhe dieser Mehrbelastung zu führen, die nach seiner Behauptung 14 Mark pro Kopf betragen soll. Die Lohnerhöhung beträgt im Allgemeinen 33 pCt.

Im Saarbrücker Gebiet liegen die Verhältnisse der Kohlen- und Eisenindustrie ziemlich am günstigsten in Deutschland. Die Kohlenindustrie wird als Monopolartikel betrieben und die Eisenindustrie liegt in den Händen mehrerer Privatgesellschaften und wird patriarchalisch betrieben; ob das so bleiben wird, weiß ich nicht. Die Lohnerhältnisse unterliegen in Folge der patriarchalischen Verwaltung nicht großen Schwankungen, trotzdem hat auf dem drei größten Werken in Burbach eine Lohnerhöhung von 93,22 Mark, in Neutischen von 25,20 Mark, auf den königl. Gruben in Saarbrücken von 34 Mark pro Kopf und Jahr stattgefunden. Diese erstaunlichen Ziffern erklären sich daraus, daß der einzelne Arbeiter bei der Mehrarbeit, die vorlag, mehr Schichten befahren hat. Dem gegenüber steht nun, was nicht bestritten wird, eine Erhöhung der Rentabilität für die Arbeitgeber, ohne daß, was hervorgehoben werden muß, eine Erhöhung der Preise der Hauptartikel eingetreten ist, die kaum um einige Mark theurer sind als zur Zeit des Freihandels. Das Factum übertrifft mich selbst, aber es ist da und erklärt sich daraus, daß ein Establishment, das seine Kräfte voll auszuheben kann, das Credit und den Markt hat, immer billiger arbeitet. Nur Roheisen und gußeiserne Röhren, gerade die Artikel, die Herr Dödelhauer braucht, machen eine Ausnahme, deshalb ist auch die Behauptung dieses Herrn Kollegen falsch, daß er für seine Privat-Verhältnisse von den Zöllen nicht tangirt werde. Ich will mathematisch nachweisen, daß Gußeisenerzeugnisse und eiserne Röhren, das erstere um den Betrag des Zolles, das andere um den Betrag der acquits-a-caution gestiegen sind, und zwar weil das englische Roheisen, das Cupolgußeisen, in Deutschland nicht entbehrlich werden kann, und weil die gußeisernen Röhren wie früher ihren Marktpreis in Pont-a-Mousson haben und die Fracht von dort bis Bielefeld hinunfommt und durch den Wegfall der acquits-a-caution die Röhren um diesen Betrag theurer geworden sind. Alles Uebrige, Stahlschienen und zum Theil Weichzölle ausgenommen, ist auf dem alten Preise stehen geblieben.

Nun sagt Herr Vamberger, daß nur die telegraphischen Bestellungen Amerikas daran schuld seien. Das ist insofern falsch, als die amerikanischen Aufträge nur bis zum März oder April 1880 dauerten, und wenn die Verhältnisse trotzdem in derselben Proportion vorwärts gehen, so kann also Amerika nicht daran schuld sein. Sein Einfluß war sogar ein nachtheiliger, denn es hat Schwindelpreise erzeugt. Heute stehen wir aber in normalen Verhältnissen, und wenn sollen wir die zuzuschreiben, wenn nicht der Wirthschaftspolitik, die wir gemacht haben? Niemand kann die Facta in Abrede stellen, daß nach mehrmonatlichem Wegfall der amerikanischen Nachfrage in der Eisenindustrie erhöhte Production, erhöhte Löhne, erhöhte Rentabilität und nur ganz gering erhöhte Verkaufspreise bestanden. Nebenbei bemerkt könnte ich auch für andere Industrien führen, doch spreche ich nicht gern wie manche andere Herren über Gebiete, auf denen ich nicht genügend orientirt bin. Jedenfalls ist der von Herrn Richter in Bezug auf die Textilindustrie versuchte Gegenbeweis ohne wesentliche Bedeutung. Daß es in anderen Branchen ähnlich steht wie in der Eisenindustrie, ersehe ich auch daraus, daß die Petitionen aus industriellen Kreisen sehr gering sind, mit denen wir in der Zeit des Freihandels überschüttet wurden. Darin stimme ich mit Vamberger überein, daß eine Aufhebung der landwirthschaftlichen Zölle und Weibehaltung der Industriezölle unbedenklich ist. Ich befreite heute noch die Infusorien, daß die Abstimmung über die Kornzölle mit irgend einem Compromiß oder Handel etwas zu thun hatte. Ich muß auch der Infusorien des Abg. Braun entgegenstellen, daß der Centralverband deutscher Industrieller in Hamburg den Verlust gemacht habe, die dortigen Interessenten für die Industrie und gegen die landwirthschaftlichen Zölle zu gewinnen.

In Düsseldorf besteht ein Verein für wirthschaftliche Interessen, der aus Freihändlern und Schutzzöllnern besteht, und in keiner dieser Richtungen eine ausgesprochene Tendenz hat. Dieser schiedte in der Anstaltsfrage Delegirte nach Hamburg, sagte aber ausdrücklich, daß, was die Delegirten zur Begründung des Wunsches, Hamburg in incorporiren, sagen würden, nur als persönliche Meinung derselben aufgeführt werden dürfe. In Folge dessen haben einige der Herren, die Freihändler sind, dort derartige Compromisse angeboten, die in allen industriellen Kreisen entschieden gemißbilligt worden sind; der Centralverein für wissenschaftliche Interessen hat die Sache ausdrücklich desabwörtet. Sie mögen sagen, was Sie wollen, Sie werden nicht verhindern, daß die deutsche Nation sich immer mehr von dem Segen der Wirthschaftsreform überzeugt; allüberall knospt und grünt es, der Weg zum Besseren ist vorhanden. Der fortschrittliche Weibebau legt sich allerdings überall auf das wiederermachende Vertrauen, hoffentlich wird die Nation auch über diesen hinweggehen. Die Alchimisten wollten aus unscheinbaren Dingen Gold machen, die radicalen Freihändler scheinen jetzt aus dem Golde unserer wirthschaftlichen Entwicklung unscheinbare Dinge machen zu wollen. Ich hoffe, es wird ihnen so wenig gelingen, wie den Alchimisten das Goldmachen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Sagen): Der Herr Vorredner, der dem Reichstage in Zukunft nicht mehr angehören will, ist in dieser seiner letzten Session sprachiger als sonst, als wollte er sein politisches Testament aufsetzen und mit den Gedanken oder der Gedankenpreu räumen, die er bei sich vorfindet und für uns übrig hat. So hat er auch wieder von jenem Gedichte gesprochen, dessen Inhalt ich auch nicht billige, das aber wirklich harmlos ist im Verhältnis zu alledem, was jetzt die conservative Presse in der schmachvollen Judenbeze leistet. Was wir tabelten, war aber nicht die Kritik jenes Gedichts, auch nicht, daß der Abg. Stumm die Colportage von Blättern innerhalb seiner Fabrikräume nicht duldet und seine Hausordnung so regelt, wie es ihm gefällt, sondern seinen Uebergang in das Freiheitsrecht der Arbeiter, der, man kann wohl sagen, von der ganzen gebildeten Welt zurückgewiesen ist. (Obol) Es giebt in der That ein Junkerthum, das glücklicherweise in der ganzen gebildeten Welt getadelt wird und das zu vertreten niemand Lust hat. Herr Stumm, von der preussischen Regierung aufs Schärfste desabwörtet, ist in seinem Wahlkreise absolut unumgänglich geworden und darum macht er vor uns sein Testament. Ich will hier nicht von der Judenfrage sprechen. Dieser Racenkampf ist für mich weit verwerflicher als selbst der Klassenkampf, der sich doch nur immer gegen die veränderlichen äußeren Verhältnisse des Volkes kehrt, während der Racenkampf sich gegen das Unveränderliche, den Menschen an sich, seine Geburt und Abstammung richtet und daher kein anderes Ziel haben kann als Todtschlag oder Ausweisung. Herr Stumm zeigt mich das Irrthum

in Bezug auf das Schicksal des Kaiserthums in dieser Session; ist uns deshalb ein Vorwurf zu machen, weil das Centrum in diesem Jahre anders gestimmt ist als im vorigen? Warum es das thut, weiß ich nicht; seine Ansichten waren im vorigen Jahre vielleicht noch nicht so befestigt und so fest oder es ist etwas Neues dazwischen gekommen. Vielleicht habe ich die Herren im Centrum in ihrem Gutachten über die Sache und ihrer ganzen politischen Stellung übersehen.

Bei der Militärfrage hat der Abg. Stumm eine Anspielung auf das furchtbare Ereignis in Petersburg gemacht. Ob es richtig war, von diesem furchtbaren Ereignis in diesem Augenblick hier beiläufig zu sprechen, ist mir sehr zweifelhaft. Es beweist auf Neue, „nicht Noth, nicht Reife“ sichern die feile Hölle“ und legt die inneren Verhältnisse Russlands auf's Neue in so furchtbarer Weise bloß, daß es für Deutschland wahrlich nicht militärisch bedrohlicher geworden ist als im vergangenen Jahre. An der Wehrhaftigkeit des Landes, an der Schlagfertigkeit der Armee haben wir dasselbe Interesse wie alle übrigen Parteien. Was würden die Conserbativen sagen, wenn wir ihnen vorwürfen, daß sie Deutschlands Wehrfähigkeit zur See schwächen wollten, weil sie die Kosten für die Panzerfregatte aus technischen Gründen und auf Grund selbstständigen Urtheils nicht bewilligt haben. Wir werden nur dieselbe Logik zu Lande an, wie Sie zu Wasser. (Heiterkeit.) Beantworten wir Ersparnisse, dann heißt es, wir hätten die Debatte auf; stellen wir keine Ersparnisse, so ist es dem Abg. Stumm wieder nicht recht. Wir haben es Ihnen ja vorausgesetzt, daß, nachdem Sie eine so hohe Präzision festgestellt haben, der Zeitraum für Ersparnisse überhaupt ein sehr geringer geworden ist. In Betreff der Steuern, Zölle und Verpfändungen meint Herr Stumm, es sei nicht so viel bewilligt worden, als verlangt wurde. Das ist richtig, aber doch 1/2, 130 statt 160 Millionen Mark. Dazu noch speciell durch die Thätigkeit des Abg. Stumm die Verdoppelung des Regengelds und die Erhöhung des Zolls auf grobe Eisenwaren. Und namentlich von diesen 130 Millionen bisher nur 90 eingegangen sind, steht diese Belastung im Verhältnis zu einer Entlastung von nur 14 Millionen im preussischen Staat? Jetzt sagt der Abg. Stumm, es sei gleichgültig, was die Einzelstaaten mit dem Geld machen, während damals noch der Minister Lucius sagte, nur ein geisteskrankes Ministerium könne im Zweifel sein, daß das den Einzelstaaten zugewendete zu Steuererlassen verwendet werden müsse.

Warum probocieren Sie uns immer, daran zu erinnern, was der Minister Buttkamer damals gesagt hat, es würde ein Stoß in das Herz des preussischen Königthums sein, wenn man diese Summe zu etwas Anderem verwenden würde, als zu Steuererlassen. (Ruf: Deficit!) Vom Deficit sprach man erst, als man der Steuerbewilligung sicher war, und bin ich denn Schuld an dem preussischen Deficit? Uebrigens haben wir Ihnen ja die Wege gewiesen, wie man ohne Belastung der Steuerzahler durch eine Reform der Brantweinsteuer und der Ribenzuckersteuer auf Mehreinnahmen bedacht sein könne. Warum nun mit dieser Unfähigkeit hier in der Generaldiscussio auf die Eisenzölle eingegangen wird, weiß ich nicht, jedenfalls sollte aber Herr Stumm uns, die wir kein persönliches Interesse an denselben haben, nicht vorwerfen, daß wir durch eine mehr oder weniger gefärbte Brille sehen. Es ist übrigens ganz merkwürdig, daß sich jetzt nach den Ansichten des Herrn Stumm genau das Gegenbild herausstellt von dem, was die Herren vor Einführung der Zölle als ihre Wirkung gepriesen haben. Die gehoffte Erhöhung der Preise ist nicht eingetreten, vielmehr sind dieselben nahezu unverändert geblieben. Im Gegensatz zu damals entwickelt heute Herr Stumm, daß alle Werke außerst angepannt und beschäftigt werden müssen, denn darin liegt das Geheimniß der gegenwärtigen Wirkung der Schutzzölle. Herr Stumm hat dann von meinen Wahlreisen gesprochen, die scheinen ihn sehr besorgt zu machen, obwohl ich in Landkirchen noch nicht gewesen bin (Heiterkeit), aber die Erfahrung habe ich dabei gemacht, daß die Schutzpolizei ganz entschieden im Rückgange ist. Wenn Sie auf die amtlichen Berichte jetzt mißbilligend blicken, so sind dies Auszüge von Berichten der Behörden, die grade probocirt worden sind, um die Segnungen der Schutzzölle zu beweisen. (Sehr wahr! links.) Ich glaube, wenn die Berichte vollständig veröffentlicht worden wären, würde man noch ganz andere Dinge von der schlimmen Lage erfahren haben. Was die Zölne betrifft, so sind die Berechnungen ganz willkürlich.

Als ich in meinem Wahlkreise vor Tausenden Arbeitern der Eisenindustrie sagte: „wenn sich auch die Zölne etwas gehoben haben sollten, so steht das nicht im Verhältnis zu den Lebensmitteln“, da ging ein Schrei der Entrüstung durch jene Reihen, und als ich ihnen eine Zahl des Abgeordneten Kardorff nannte, die Zölne seien 50 pCt. höher als vor 2 Jahren, da glaubten die Leute, sie würden zum Weinen gehalten. Davon bin ich überzeugt — und ich hätte gewünscht, daß man auf das Zeugnis des Herrn Weidung im Ganzen Bezug genommen hätte, — daß das, was man sich von den Eisenzöllen versprach, nicht in Erfüllung gegangen ist. Wir sind schweigsamer geworden in Bezug auf die Zölle, wir haben nicht mehr nöthig, darüber zu sprechen. Vor ihrer Einführung war es Zeit zu warnen, jetzt wirken die Folgen des schlechten Systems, nun sprechen die Thatsachen für uns. (Aachen rechts.) Wenn das nicht wahr wäre, so würden Sie sich doch nicht so viel Mühe geben, das Bischen Fortschritt hat Sie früher doch nicht genügt; glauben Sie denn, diese Paar Leute könnten die öffentliche Meinung künstlich beherrschen, wenn nicht jetzt umgekehrt der allgemeine Ausdruck der öffentlichen Meinung in dieser Richtung läge? Darunter leiden Sie, Sie haben unendlich viel mehr verprochen, als Sie jetzt wahr haben wollen. Sie haben Vorstellungen dadurch erweckt, augenblickliche Erfolge erzielt und nun kommt der Rückschlag. Nicht alles Nützliche, was sich jetzt zeigt, ist die Folge der Zollpolitik, aber Sie leiden unter den Folgen Ihrer großen Verprechungen. In derselben Allgemeinheit, wie Sie geschlossen haben aus den schlechten Verhältnissen auf die Verbesserungen, die Sie durch die neuen Zölle beschaffen wollen, so schließt das Volk jetzt aus den noch schlechteren Verhältnissen, daß die Zölle in der Richtung gewirkt haben. Sie haben das Prestige der Schutzpolitik, das Vertrauen verloren, selbst in den Kreisen, wo Sie es noch befehlen haben, daher jetzt diese Verdrüsslichkeit, durch die Sie glauben einzuschüchtern und davon abzuhelfen, daß die Thatsachen weniger in den Vordergrund treten. Sie meinen, es kämen doch keine Petitionen. Ich habe noch bei Gelegenheit der Tabaksfrage geradezu abgedruckt, an diesen Reichstags Petitionen zu schicken. Es wäre ja zu viel verlangt, daß Sie heute schon eingeleben sollen, daß Sie in einem Irthum sich befinden haben, nein, von diesem Reichstag ist nicht zu hoffen, nicht Sätze, keine Petitionen, nein: die Wahlen sollen es sein, an die Spitze der Wahlbewegung gehört die Beschwerdeführung, und Sie werden diese Politik nicht ändern, aber Ihre Hintermänner und auch der Nachfolger des Herrn Stumm. (Beifall links.)

Abg. v. Minnigerode: Nach der Wahlrede des Abg. Richter bemerke ich, daß der Staat wesentliche Veränderungen nicht erfahren hat. Die regelmäßigen Ausgaben sind um etwa drei Millionen Mark vermindert. Die Ausgaben haben sich gegen das vorige Jahr um 2 1/2 Millionen vermehrt, eine Folge der Militärnote und der mit ihr verbundenen Verpfändungen von 18 Millionen. Diese Ziffer könnte uns einigermaßen ängstlich machen, aber wir dürfen nicht die 26 Millionen vergessen, welche den Einzelstaaten in Folge des Antrages Frankenstein überwiesen sind. Die Ausföhrungen des Abg. Richter in der ersten Lesung des Etats beschäfigten sich so viel mit meiner Person, daß ich mit einem allerdings etwas zweifelhaften Stolz beinahe sagen könnte: l'état c'est moi. (Heiterkeit.) Es hat ihn unangenehm berührt, daß ich antwortend an die bekannten Aeußerungen im Herrenhause in Bezug auf die liberale Hinterlassenschaft den Ausdruck „ausgepaupert“ gebraucht habe. Ich weiß nicht, weshalb derselbe besonders unredigirt schien. An rechtzeitigen Mahnungen aus der Mitte der 70er Jahre heraus hat es wahrlich nicht gefehlt. Trotzdem haben Sie (nach links) beständig große Ausgaben gemacht, ohne sie mit den Einnahmen zu balanciren. Die Folgen dieser Wirtschaft sind auch jetzt noch nicht ganz überwunden. Mit Recht sagte er, daß der Ertrag der Börsensteuer kein sehr erheblicher sein werde. Das habe ich mit meinen Freunden nie bestritten, aber wir haben im Princip Gewicht auf diese Steuer gelegt, die schließlich noch gute Früchte bringen könnte, und sie nicht bloß als Schlagwort gebraucht. Wir haben bereits 1871 unter allgemeiner Heiterkeit einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Die Brausteuer erschien mir und meinen politischen Freunden nicht in erster Linie erwünscht, wir wollten die Frage im großen Stile gelöst wissen. Ein Widerspruch mit mir selbst soll es sein, weil ich mit meinen Freunden jetzt für die indirecte Besteuerung sei, während ich mich früher für die Reichseinkommensteuer interessirt hätte. Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich für die indirecte Besteuerung bin, und nur bei der übermächtigen Strömung des Liberalismus und seiner Neigung für die directe Besteuerung und dem dringenden Bedürfnis nach neuen Steuerquellen hielt ich es für geboten, jene Idee zu unterstützen, ich habe aber gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß die Herren selbst schließlich die indirecten Steuern einführen möchten.

Aus meiner früheren freihändlerischen Stellung habe ich nie ein Hehl gemacht. Meine Grundanschauungen haben sich geändert und mußten sich ändern auf Grund der thatsächlich veränderten Lage. Gegenüber dem Rückgang der gesamten Landwirtschaft seit 1874, welche der Concurrenz des Auslandes völlig preisgegeben war, mußte ich mir sagen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen könne. Daß die internationalen Seehandelsplätze, unbemüht um ihre Hinterländer und ohne Rücksicht darauf,

was aus dem verpauperten Hinterlande wich, für den Freihandel sind, ist freilich begreiflich, mir aber soll man keinen Vorwurf machen, daß ich, einer besseren Einsicht folgend, meine Stellung zu dieser durchaus nicht politischen Frage verändert habe. Es ist unsere Hauptaufgabe, die Bewegung der Zeit zu folgen; die Gesetzgebungen haben sich den Verhältnissen der neuen Zeit anzupassen. Seine politische Ueberzeugung möge Jeder fest für sich conserviren. Wie unbegründet der Vorwurf war, daß wir unseren Wählern Verprechungen gemacht haben, die wir nicht erfüllen konnten, und daß wir die neu zu machenden Ausgaben, namentlich die Militär-Ausgaben, verschwiegen hätten, hat mein Freund v. Malshahn bereits nachgewiesen. Herr Richter entschuldigte sich damit, daß er die Rede des Herrn v. Malshahn nicht kenne — kennt er denn unsere übrigen Wahlreden, kennt er meine? Das möchte ich beinahe annehmen, denn da er vor wenigen Tagen in meinem Wahlkreise gewesen ist, hätte er sich vielleicht überzeugen können, wie ich meinen Wählern gegenüber über unsere unerträglichen Finanzverhältnisse keinen Zweifel gelassen habe und die peinliche Nothwendigkeit für die Bewilligung neuer Steuern nahegelegt habe. Ich habe Herrn Richter damals bei der Staatsberatung an einzelnen Tagen, wo wir unsere Meinungen austauschen konnten, schmerzlich vermisst, ich glaube nicht, daß er mich in meinem Wahlkreise vermisst hat. (Abg. Richter: Sehr!)

Ueber die Nothwendigkeit neuer Steuern zur Deduction neuer Ausgaben im Reich und in den Einzelstaaten hat auch die „Prov.-Corresp.“ keinen Zweifel gelassen; ich verweise nur auf ihren Artikel vom 3. Juli 1878. Sie sollten doch nicht immer längst widerlegte Anklagen widerlegen. Toujours perdrix ist bei culinarischen Genüssen nicht erwünscht, aber toujours canard kann auch zu viel werden. Der Abg. Richter hat schließlich mit großer Freude Bezug genommen auf eine Ausführung des Abg. Richter, der gesagt hat, es müßten alle unabhängigen Männer sich vereinigen und zusammenstehen. Wenn nicht liberal regiert würde, komme man wohl oder übel zur Dictatur. (Abg. Richter: Ich habe den Reichstangler citirt!) Herr Abg. Richter, was verstehen Sie unter liberal regieren? Ich bin überzeugt, daß der schrankenlose Freihandel dabei auch eine große Rolle spielt und daß die Politik des Großcapitals auch nicht zu verkennen ist; das ist auch lebhaft bei den Presssubventionen hervorgetreten, die zu Gunsten derjenigen Presse gemacht werden, die in erster Linie berufen ist, die Politik dieser Herren in Zukunft zu vertreten. Wenn nicht liberal regiert wird, wenn es nicht nach Ihrem Kopfe geht, dann kommt die Dictatur! Wir haben mehr Vertrauen zu unseren deutschen Verhältnissen und auch zur Macht dieses Reichstags als Sie. Das Ganze ist also die Tendenz der Session. Als ich zuerst dieses Wort hörte, war es mir nicht recht verständlich, weil ich kein Freund des Fremdländischen bin; schließlich habe ich mir gesagt, es soll wohl sein die Session in montem sacrum. (Ruf links: an!) Ja, das liegt sehr nahe, auch zu Gunsten der Volksrechte im alten Rom; die Volksrechte sind ja Ihr Privilegium, während wir hier fortwährend scheitern an diesen Volksrechten rütteln wollen.

Nun, das Bild paßt nicht ganz, denn damals zogen die alten Römer auf den heiligen Berg, weil sie ihre Vorfürer gewinnen wollten, als es sich darum handelte, Volkstribunen für sich zu bestellen, jetzt sind die Volkstribunen da, es fragt sich aber, ob das Volk da sein wird. Die ganze Session wird überhaupt ein bestimmtes unheimliches Schicksal haben, die Herren sind wohl oder übel jetzt schon Fortschrittsleute zweiter Klasse und die „Tribüne“, ihr Organ, laßt das auch sehr deutlich durchmerken. In der Rede, die ich in mehreren Exemplaren bekommen habe und zwar an vier verschiedenen Orten, da ich an vier Orten Gütebesten bin, sagt die „Tribüne“: „Die Führer der vereinigten liberalen Parteien haben die Sache in die Hand genommen und wollen dies Organ benutzen, um das Volk glänzend, aufgestellt und groß zu machen.“ Die Führer der vereinigten liberalen Parteien werden wohl die Allianz des Fortschritts nicht los werden? (Ruf links: Sie wollen Sie auch nicht los werden?) Dann müssen Sie auch die Konsequenzen tragen, die in Berlin dahin geführt haben, daß der Socialdemokrat über den Fortschrittsmann triumphirte und daß die agitatorischen Bemühungen des Herrn Abg. Richter — die stelle ich sehr hoch — dahin geführt haben, daß als Antwort auf seine Agitation in Hamburg ein doller Socialdemokrat aus der Urne kam. — Ich bedauere, daß ich diese persönlichen Bemerkungen machen mußte, aber sie waren mir aufgezwungen. Wenn der Herr Abg. Richter nicht damals den Etat mit mir verwechselt hätte, dann wäre das vermieden worden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: So gern ich Herrn v. Minnigerode persönlich habe, ich werde mich doch auf dem Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten nicht bemühen, ihn zu widerlegen, wenn es sich nur um eine Person handelt. Ich habe mit ihm gesprochen als einem hervorragenden Vertreter einer großen Partei, die ich nicht ignoriren konnte, und der ich diesen Respekt schuldig war. Werden die Herren sich andere Führer nehmen, so soll es mir ebenso angenehm sein, mich mit diesen zu beschäftigen. Die Ausführungen über die angebliche Ausdehnung des Landes durch die liberale Finanzwirtschaft kehren immer wieder. Als hätten Sie nicht an dieser Finanzwirtschaft ganz denselben Anteil wie! Wie steht es denn mit Ihrer jetzigen Finanzpolitik? Wir werden ja abwarten, ob Ihnen das Land dafür danken wird! Herr v. Minnigerode sagt, die jetzigen Ausgaben seien unheimlich. Wenn es aber die früheren nicht waren, dann hätten Sie ja an der Ausdehnung theilgenommen, die Sie auf unser Konto stellen. Was die Landwirthschaft von den Aeußerungen des Vorredners zu halten hat, wird vielleicht unser College Friedenthal am besten zum Ausdruck bringen. Ich habe es seiner Zeit vor den Wählern des Herrn v. Minnigerode lebhaft bedauert, diesen dort nicht zugegen gesehen zu haben; hiermit lade ich ihn aber ein, mit mir zusammen in seinen Wahlkreise zu gehen; er wird sich dann davon überzeugen, daß man allerdings der Meinung ist, daß er vor den Wahlen Versicherungen gemacht habe, die nachher nicht erfüllt wurden. Wenn Herr v. Minnigerode glaubt, er schlage uns damit todt, daß er uns für Fortschrittsleute zweiter Klasse ausgiebt, so irr er sich. Ich bin lieber Fortschrittsmann zweiter Klasse, als daß ich die Politik des Vorredners betriebe, und wenn ich die Wahl habe zwischen einem Fortschrittsmann und Herrn von Minnigerode, dann wähle ich mit tausend Freunden den Fortschrittsmann. (Aachen rechts.)

Herr Stumm hat geglaubt, wichtig zu sein, indem er von uns sagte, wir seien zwar so schlimm nicht wie die Nihilisten, aber ein Körnchen Wahrheit liege doch in dieser Behauptung. Ich bin überzeugt, Herr Stumm hat das im Scherz gesagt (Widerspruch rechts), ich möchte aber doch bitten, derartige Dinge Anderen außerhalb dieses Hauses zu überlassen. In den Klammern dieses Hauses dürfte eine solche Discussion keinen Boden finden können, ich wenigstens würde in dieser Beziehung mit Herrn Stumm nicht concurren. Wenn mir vorgeworfen wird, ich hätte das Gedicht „Der alte Arbeiter“ vertheidigt, so muß man meine Rede nicht gelesen haben. Richter hatte Recht zu sagen, die ganze gebildete Welt sei darüber einig, wie das Verfabren des Herrn Stumm in seinem Wahlkreise zu charakterisiren sei (Widerspruch rechts). Von v. Kardorff habe ich in dieser Beziehung allerdings keinen Beistand erwartet. Hören Sie aber die Urtheile in den conserbativen und selbst in den Regierungskreisen. Und das bei einem Manne, der hier immer die Förderung des Volkswohls im Munde trägt! Das nennen Sie Volkswohlbeförderung? Es ist geistige Knechtschaft, wenn Sie aus Anlaß eines solchen Gedichts dessen Tendenz oder Wortlaut ich ja nicht billige, unter Anrufung der gesammten amtlichen Autorität gegen eine Zeitung vorgehen und sie durch alle möglichen Mittel zu unterdrücken sucht. Herr Stumm hätte Urfahe, diesen Punkt auf sich beruhen zu lassen. Will Herr Stumm das nicht, nachdem er auf die schärfste Weise von den Regierungsorganen, von allen amtlichen Autoritäten und wie ich wiederhole, von der ganzen gebildeten Welt Deutschlands verurtheilt ist (Rufe rechts: Oh! Ungeheuerheit!), so habe ich nichts dagegen, im Detail diese Dinge weiter mit Ihnen zu erörtern.

Präsident v. Götler bittet den Redner, so scharfe Aeußerungen, die eben eine nicht zu billigende Entgegnung veranlassen könnten, zu unterlassen. Abg. Richter: Sollte der Präsident diese Aeußerung für parlamentarisch unzulässig halten, so würde ich mich den Folgen zu unterwerfen haben; ich bebaure aber, den Ausdruck aufrecht halten zu müssen, um so mehr, als ich keinerlei persönl. die Kränkung des Herrn Stumm beabsichtigt habe.

Präsident v. Götler hält diese Erklärung für genügend und bittet, die Sache damit als erledigt anzusehen.

Abg. Richter: Auch ich halte die Sache für erledigt und glaube, Herr Stumm wird nicht so empfindlich sein, zumal er sich nicht gehent hat, auszusprechen, daß der Ausdruck, mir ständen mit den Nihilisten auf einer Stufe, ein Körnchen Wahrheit enthalte. Wer uns derartige Dinge sagt, darf sich nicht wundern, wenn wir von dem Rechte der Kritik in wirklich zulässiger Weise auch ihm gegenüber Gebrauch machen. Es ist wohl noch in keinem Parlament eine derartige Aeußerung gethan worden, wie sie heut Herr Stumm hier gebraucht hat.

Präsident v. Götler: Ich habe nicht geglaubt, daß die Aeußerung des Herrn Stumm so aufgefaßt werden konnte, da sie doch mehr scherzhaft gemacht war. Die Fassung der Worte war aber auch derartig, daß ein persönlicher Angriff nicht daraus gefolgert werden konnte.

Abg. Richter: Ich habe dem Präsidenten auch nicht verhehlt einen Vorwurf daraus machen wollen, daß er diese Worte habe durchgehen lassen. Ich habe gleichfalls vorhin ausdrücklich erklärt, daß ich die Aeußerung des

Herrn Stumm für wichtig erachtete. Die Bewegung, die aber Herr Stumm bei dieser meiner Erklärung machte, hat mir die Ueberzeugung aufgedrängt, daß es in der That Ernst war, und Sie werden mir es nicht verdenken, wenn ich darüber ein Wort der Kritik sage. Auf die wirtschaftliche Glückseligkeit, auf die Herr Stumm hingewiesen hat, werden die Thatsachen antworten. Die Herren können sich so viel Mühe geben, wie sie wollen; glücklicherweise sind diejenigen, welche die wirtschaftlichen Experimente an ihrem eigenen Leibe erfahren, auch noch da. Von den Reden der Herren v. Minnigerode und Stumm werden Sie eine Nothwendigkeit nicht erfahren; dieselbe pflegt sich in klingender Münze auszudrücken. Herrn von Kardorff könnte ich einige Briefe von Großfabrikanten der Textil-Industrie mittheilen, welche seine Aeußerungen auf das Schlagendste widerlegen. Herr von Minnigerode hat geglaubt, meine Behauptungen in Bezug auf die Verpfändungen der „Provinzial-Correspondenz“ widerlegen zu sollen. Kennt er denn aber den Sach der „Provinzial-Correspondenz“ nicht, wo es ausdrücklich heißt: „So viel an indirecten Steuern auferlegt wird, das bedeutet nichts Anderes, als daß so viel an directen Steuern in den Einzelstaaten erlassen wird.“ Allerdings ist von Ausgaben gesprochen, aber von solchen zur Durchführung des neuen Schulgesetzes, des Witwenpensionsgesetzes, die wir noch nicht haben! Wir haben bezüglich der Steuerreform eine „Denkschrift“ bekommen, ein Elaborat von 7 Seiten, das ich nie mit diesem Namen zu bezeichnen gewagt hätte. Darin ist lediglich ausgeführt: weil die anderen Staaten diese indirecte Steuern haben, ergo muß auch Deutschland diese haben. Deutschland habe 10 M. pro Kopf, Frankreich dagegen 41 M. und England 31 M. Aber wissen Sie denn nichts von den Ausgaben, die diese Staaten haben?

Ich will den Herren vom Bundesrathstische in der Beziehung einige Ziffern mittheilen und ihnen anheimgeben, diese Denkschrift bis zur Verhandlung der Steuervorlagen etwas zu ergänzen oder zurückzunehmen. (Zuruf links: Der Bundesrath hat sie gar nicht getannt!) Der Bundesrath kannte sie nicht? Dann bitte ich sehr um Entschuldigung und nehme das zurück. Dann ist es nur die Arbeit des Reichstanzleramtes. (Zuruf: Vom Reichstanzler!) Nun, das Reichstanzleramt ist doch das Amt des Herrn Reichstanzlers. Die Herren haben alle Furcht, daß man nicht den richtigen trifft. Ich habe gar keine Bedenken zu sagen: der Herr Reichstanzler, ich weiß, daß auf dem Gebiete nichts geschieht ohne ihn, also ich habe ihn auch gemeint. Frankreich hat nun 8 Mark pro Kopf der Bevölkerung directe und 41 Mark an indirecten Steuern; Preußen hat dagegen noch nicht 5 Mark pro Kopf directe Steuern. Ein Staat, wie Frankreich, der die directen Steuern schon so stark angepannt hat, kann darin nicht weiter gehen. Warum muß aber Frankreich in der indirecten Besteuerung so hoch gehen? Glauben Sie, daß die Franzosen zu ihrem Vergnügen ihrem Volke diese kolossalen Lasten auflegen? Nein, sie müssen allein 1219 Millionen Mark für ihre Schulden bezahlen, also beinahe so viel an Zinsen, wie unsere gesammte preussische Staatsschuld beträgt, der das Eigenthum der Eisenbahnen gegenübersteht. Sind nun die Herren der Meinung, daß wir mit Riesenschritten in die französischen Zustände hineinkommen, daß wir Milliarden und Milliarden von Schulden aufnehmen, bloß um das Vergnügen zu haben, an indirecten Steuern 40 Mark pro Kopf zu erheben? Das Volk wird Ihnen bedanks für diese Finanzpolitik danken. Uebrigens waren in den zwanziger Jahren die directen Steuern in Preußen höher als jetzt. England hat 31 Mark pro Kopf an indirecten Steuern, dagegen 8 Mark an directen, also gleichfalls einen erheblichen Betrag. Auch hier werden die hohen indirecten Steuern durch die kolossale Staatsschuld gerechtfertigt.

Die Denkschrift betont es als Aufgabe des Reiches, die Communen zu erleichtern. Als ich das las, dachte ich, jetzt hat die Reichverwaltung wohl das Mittel gefunden, wie die Steuern von Anderen getragen werden, als von den Steuerzahlern (Heiterkeit). Ich fürchte, die Communen werden sehen, daß sie aus dem Regen in die Traufe kommen. Die Sache geht so: Im Reiche zieht man immer an dem Strang, der uns in Bezug auf die indirecten Steuern in gleiche Höhe mit Frankreich bringen soll, und in Preußen legt man uns Steuererhöbungen vor, welche des Lobes voll sind über den Werth der directen Steuern. Im Reichstage verlangt man die Bewilligung indirecter Steuern und im Landtage weigert man sich, von den directen Steuern abzulassen. Und nun sollen die Communen von ihren Schul-, Armen- und Polizeilasten befreit werden. Wo sollen diese Mittel herkommen? Die ganzen Steuerprojekte, welche uns vorliegen, ergeben noch keine 60 Millionen, während nach dem preussischen Verwendungsgesetz mindestens 105 bis 110 Millionen neue Steuern notwendig sein würden. Wir stehen vor den Wahlen, und da spricht man wieder gern von Erleichterungen. Wenn Sie uns sagen, wie Sie die dazu erforderlichen Millionen herbeschaffen werden, wollen wir mit Ihnen verhandeln, sonst müssen wir erklären: das ist nichts weiter als eitel Theorie und Verpfändungen, die Sie nicht einlösen können. (Beifall links.)

Staatssecretär Schol: Ueber die Denkschrift muß auszusprechen, halte ich an der Zeit, wenn sie auf die Tagesordnung gesetzt sein wird. Ich bestreite aber schon jetzt, daß ihr Inhalt lediglich der von dem Abg. Richter angegebene ist. Wenn er weiter findet, daß dieses Elaborat, wie er es nennt, nicht die Beziehung Denkschrift verdiene, so möge er die Reichsbekanntmachung, in denen er Erläuterungen als Denkschriften bezeichnet finden wird, die oft nur eine halbe Seite lang sind. Der Name Denkschrift ist von dem Umfange des Schriftstüds durchaus unabhängig.

Abg. Dr. Vamberger: Wir waren wirklich heute auf eine so große Golddebatte nicht im Geringsten präparirt, finden es aber ganz willkommen und unserer Lage entsprechend, daß in dem letzten Stadium einer Session, in der die große Umwandlung unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung durchgeführt worden ist, der Blick rückwärts auf das Geleistete und in die Zukunft auf das, was zu erwarten ist, geworfen wird. Leben wir doch als Parlamentarier von der Fiction, als könnten wir einander mit Argumenten überlegen, wenn auch diese Debatte lediglich eine academische ist. Was Herr Stumm von der Analogie zwischen Nihilisten und Freihändlern sagte, hat mich im Gegensatz zu meinem Freunde Richter nicht im Geringsten erschüttert; denn er hat es gewiß nicht Ernst gemeint, und wenn er es im Ernste zu meinen behauptet hätte, ich hätte es ihm mit Verlaß nicht geglaubt. Das Körnchen „Wahrheit“ wendet man eben auf Alles an, sagt man doch, in jedem Menschen sei ein Körnchen von Vernunft. (Heiterkeit.) Ebenso gut und noch besser könnte ich eine Parallele ziehen zwischen den Ansichten derer, die jetzt die Wirtschaft im deutschen Reiche reformiren wollen und denen der Nihilisten, denn sie haben einen ganz deutlichen Berührungspunkt in der socialistischen Tendenz. Denn der Nihilismus ist nur eine russische Auflage des Socialismus und ist zuerst proclamirt worden auf dem großen Socialistencongreß in Basel von dem Russen Bakunin, indem er die Partei der Anarchisten, der späteren Nihilisten, gründete. Daß aber die jetzt im deutschen Reiche geplanten Neuerungen ein socialistisches Colorit haben, ist nicht meine Erfindung, das ist communis opinio, das steht sogar in den Motiven zum Unfallversicherungsgefeß, worin bekannt ist, daß das Geieß allerdings einen gewissen socialistischen Charakter trage. Und Eingaben, die uns gestern Abend vertheilt wurden, scheuen sich nicht, diesen Gedanken auszusprechen. So heißt es z. B. in einer Petition der Arbeiter der Berliner Kaufmannschaft, daß das Unfallversicherungsproject ein sehr erheblicher Schritt auf dem Wege zu den Einrichtungen des socialistischen Staates sei.

An der Spitze der Unterschriften derselben steht der Banquier der russischen Regierung. Wenn die mancherlei Auffassung mit dem Nihilismus einige Verwandtschaft hätte, so würde sich der Herr wohl gehäut haben, seinen Namen darunter zu setzen. Wollte man eine Analogie anschwärzen, ich will lieber sagen, zweideutiger Art ziehen, so ständen diejenigen, welche heute die offenbar socialistischen Tendenzen der neuerdings vorgelegten Geieße vertreten, den Nihilisten viel näher, als die Freihändler. Was die Neuntirichen Vorstommnisse betrifft, so verurtheile ich Herrn Stumm wenigstens principieil nicht so sehr, ich verurtheile ihn nur, daß er die Vortheile zweier Theorien mit einander zu seinem Vortheil verbindet. Einerseits bemüht er sich seit Jahren für die staatsocialistischen Tendenzen, für das Arbeiter-Versicherungs- und Arbeiter-Invalidenproject, andererseits ist sein Vorgehen in Neuntirichen ein individualistisches, ein mancherleisches. Daß ich der Standpunkt des Mannes, der sagt: Ich habe das Geld, ich habe die Gewalt, ich befehle, ich kann meinen Arbeitern soweit Vorschriften machen, als meine Macht reicht, ich unterdrücke die Wirtschaftskämpfer, die von meiner Gewalt abhängen und gegen meine Tendenz kämpfen. Ich als correcter Manesferrmann mache Herrn Stumm keinen grundsätzlichen Vorwurf, er steht auf dem Standpunkt des modernen Individualismus, der von seinem Gelde Gebrauch macht. Aber auf der andern Seite staatsocialismus, das ist ein Vergehen, das ich nicht erklären kann, außer aus dem Gesichtspunkte, daß Herr Stumm überhaupt die Methoden der Reichsregierung befolgt, welche die Nachtheile aller Zustände mit einander zu vereinigen sucht. Mit einer solchen Vorurtheilslosigkeit eignen wir uns die schlechten Einrichtungen aller Nationen an, einerseits machen wir altmodische Zustände, andererseits gehen wir weiter als andere Nationen in socialistischen Tendenzen, wir nehmen den Schulholl von Frankreich, ohne die Gemeindefreiheit wie dort behalten zu wollen, wir nehmen das Schlechte, wo wir es finden.

Was seine Bemerkung bezüglich der Ausfuhr betrifft, so habe ich ihn das letzte Mal nicht persönlich citirt, daß aber eine Menge von Rednern

die Herr v. Karborski und v. Barnbaler die Ausfuhr als ein untergeordnetes Ding hingestellt haben, ist mir ganz einleuchtend. Nun hat der Abgeordnete Stumm einige Zahlen aus den letzten beiden Jahren herbeigebracht und gesagt, es sei doch nicht wahr, daß wir es allein dem amerikanischen Aufschwunge zu verdanken hätten, daß die Sachen so viel besser geworden wären. Ich behaupte stief und fest, Alles, was in der Ausfuhr sich gebessert hat, verdanken wir dem Aufschwunge in Amerika, und gerade die Schrift des Herrn Wedding spricht beinahe ganz ausschließlich davon, daß die ganze Bewegung von Amerika ausgegangen sei. Er geht sogar so weit, und ich stimme ihm darin bei, daß er die schlechte Ernte, die Herr Stumm als einen milderen Umstand für das Nichtgelingen unserer Zustände anführt, als einen Erklärungsgrund hinstellt für die starke Ausfuhr. Er sagt ausdrücklich, daß das Gelingen der Ernte in Amerika und das Misserathen bei uns eine so starke Zufuhr von Getreide von jenseits des Meeres herbeiführt, daß dadurch auch der große Eisenbedarf, der Schienenbedarf in Amerika entstanden sei. Diese schlechte Ernte ist also unserer Eisenindustrie zu Gute gekommen. Und wenn Herr Stumm dies leugnen sollte — leugnet er vielleicht auch, daß in anderen Ländern derselbe Aufschwung stattgefunden hat wie in Deutschland, in Ländern, die an ihrer Zollgesetzgebung nichts geändert haben, namentlich in England, welches auf dem Boden der Zollfreiheit geblieben ist? Die Ausfuhrbewegung und das momentane Steigen des Eisenpreises war in England noch stärker als in Deutschland, es war so stark, daß ebenfalls Herr Wedding in seiner Denkschrift sagt, die Eisenindustrie in Deutschland habe davon profitirt, daß England seines großen Exportes nach Amerika wegen ganz vom deutschen Markt weggelassen.

Herr Stumm hat die Schrift Weddings in Einzelheiten citirt, aber durchaus nicht gesagt, daß die ganze Schrift von Anfang bis zu Ende von Angaben umwimmelt, aus denen hervorgeht, daß der Aufschwung der deutschen Eisenindustrie ein ganz ephemeres gewesen ist. (Redner verliest zum Beweise mehrere Stellen aus der citirten Schrift Weddings.) Es wird am Schluß gesagt, daß nur eine Verminderung der Production und ihrer Kosten die Eisenindustrie retten kann, daß aber keine günstige Conjunction, keine Coalition ihr helfen könne. Das ist die Ansicht eines Mannes, den man von entgegengelegter Seite citirt, was soll man da von der Versicherung halten, daß die neue Zollwirtschaft gerade der Eisenindustrie wesentlich genügt habe. Herr Baare, auch ein kompetenter Beurtheiler, hat im Volkswirtschaftsrath berichtet, die Eisenindustrie sei in schlechter Lage und arbeite fast ohne Gewinn. Ein hiesiges schützamerikanisches Vörsenorgan theilt erst jetzt mit, der Wechselbestand der Reichsbank sei wesentlich zurückgegangen, weil Handel und Industrie darniederliege. Zeugnisse von glänzenden Zuständen habe ich nirgends gefunden. Zeige man uns, daß der innere Consum gestiegen ist; das ist die Probe, die wir machen wollen, doch davon ist keine Spur. Die Ausfuhr ist theilweise nur dadurch möglich geworden, daß das Inland die Gegenstände des eigenen Bedarfs über Gebühr bezahlen muß. Die Firma Krupp hat an die holländischen Colonien Schienen zu 5 Pfund Sterling verkauft, die in Deutschland mit 7 Pfund bezahlt worden sind. Das ist einfach eine Subvention, die die deutsche Eisenindustrie für die Ausfuhr erhält.

Herr Stumm fragt: wo sind die Petitionen für den Freihandel? Ja, ein solcher Verband von potenten Geschäftsleuten, von reichen Minen- und Eisenwertheisigern, wie sie zu Gunsten des Schutzes gearbeitet haben, die haben wir armen Freihändler nicht, wir repräsentiren nur die Masse der Confumenten. Wir haben zu unserer Vertretung nur die einzige „Freihandels-Correspondenz“, während hunderttausende von Mann für die künftige Organisation der Schutzinteressen ausgegeben worden sind. Das ist auch der Grund, weswegen wir unterlegen sind, weil die Confumenten sich nicht so zu verteidigen wissen, wie die, welche Einzelinteressen verfolgen. Herr Stumm sagt, Industrie und Handel kommen nicht empor, weil der Fortschritt zu heuristig. Ja, wenn weiter nichts im Wege stände als die Beunruhigung durch den Fortschritt! In Berlin gehört die Mehrzahl der Besitzenden dem Fortschritt an und doch ist man nicht gleichgiltig hier gegen Handel und Verkehr des Landes. Was Industrie und Handel beunruhigt, das ist das ewige Pläncemachen unserer Gesetzgebung, das man, mit einem Fuß rückwärts gehend, das befehlen will, was die letzten 20 Jahre geschaffen haben, und mit dem anderen Fuß weit über das hinausstreitet, was in Frankreich, dem meist revolutionirten Lande noch nach socialdemokratischen Plänen unternommen worden ist. Das beunruhigt das Land. Die Beunruhigung kommt zum Theil daher, daß unsere Regierung den Traum verfolgt, den Stein der Weisen zu finden, d. h. die sociale Frage zu lösen und zwar mit der Schnelligkeit, mit der man sich in leicht hingeworfenen Denkschriften die Sache vorstellt. (Beifall links.)

Abg. Windthorst glaubt, daß die Discussion sich nicht ganz an das Budget halte. Er stellt als ein Hauptforderniß für eine gründliche Verbesserung unserer Finanzlage die allergrößte Sparsamkeit hin. Der Wettlauf nach Erfindung neuer Steuern und Steuerreformen und alles, was damit zusammenhänge, thue ihm wehe. Es sei schon Erhebliches geschehen, um die Einnahmen zu vermehren und zu den Ausgaben in ein richtiges Verhältniß zu setzen. Man solle doch nun einmal den Erfolg abwarten und nicht gleich wieder an neue Steuern denken. Auf die Steuerentlastungen und die Denkschrift wolle er jetzt nicht eingehen, er fühle kein Bedürfnis, jetzt schon alles vorzutragen, was er dazu zu sagen habe. Er behaupte, daß die Anträge des Centrums auf Erparnisse so wenig Erfolg gehabt. (Zurufe: Die Conservativen!) Dazu brauche er sich nicht erst nach rechts zu wenden, vor ihm säßen auch schon Leute, die dagegen gestimmt hätten, nämlich die Nationalliberalen. (Heiterkeit.) Die Zollgesetzgebung sei nicht, wie es nach Bambergers und Ridders Reden scheinen könnte, ohne jeden Anlaß gemacht; sondern unter dem alten System habe sich ein rapider Niedergang in Industrie und Landwirtschaft bemerkt gemacht. Ueber das neue System könne man sich noch kein abschließendes Urtheil bilden; man solle es erst einmal so lange in Geltung lassen, wie das alte. Wenn die Zustände sich unter dem neuen System nicht verschlimmert hätten, so sei dies schon ein günstiger Erfolg; aber es zeige sich schon auf vielen Gebieten ein positiver Fortschritt, trotzdem die Herren Bamberger, Ridder und Richter stets eine lamentatio Jeremiae über die neue Zollpolitik anstimmten.

Die Steuern, welche das Centrum mit bewilligt habe, seien bestimmt gewesen, die Deficits der Einzelstaaten, welche durch die liberale Wirtschaft entstanden seien, zu decken. Herr Ridder und die Nationalliberalen hätten aber Ausgaben davon bewilligt, wofür sie nicht bestimmt gewesen seien. Die Befürchtung, daß die Bewilligungen bei der Passage am Kriegsministerium abhandeln kommen könnten, habe sich leider erfüllt. Wenn alle Staaten rund um uns herum sich durch Schutzzölle abschließen, warum sollte Deutschland sein Gebiet verlassen? Herr Ridder und Herr Richter sollten lieber ins Ausland ziehen und daselbst zum Freihandel belehren, statt bei den Wahlen dafür zu agitiren. Man sollte aber nicht bloß im Reich und in den Einzelstaaten sparieren, sondern auch in den Gemeinden, Kreisen und in den Privathaushaltungen. Aber man mache im Allgemeinen viel zu hohe Ansprüche an das Leben und seine Genüsse. Darin sollte eine Aenderung eintreten, dann würden wir weniger ausgehen und wohlhabender werden. Auch der Rückgang auf kirchlichem Gebiete sei unabweisbar ein Factor der Unzufriedenheit; man sollte mit allen Kräften dahin wirken, daß auf diesem Gebiete eine Aenderung eintrete. Wenn es zu den Wahlen komme, werde er seine Anschauungen auch darlegen und die Wähler würden sagen: der Alte hat doch so Unrecht nicht. (Heiterkeit.)

Mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die Generaldebatte. In der Specialberatung richtet bei dem Etat des auswärtigen Amtes der Abg. Reichensperger (Erfeld) an die verbandelten Regierungen die Bitte, dem Reichstage alljährlich, wie in anderen Staaten, einen Bericht über die Thätigkeit des auswärtigen Amtes und die politische Situation vorzulegen. Dieser Wunsch entspringe nicht dem Mißtrauen gegen die auswärtige Politik des Reichstages; aber man solle später nicht sagen dürfen, im Reichstage sei niemals ein Wunsch nach einem solchen Bericht laut geworden.

Vom Regierungstische erfolgte keine Antwort. Beim Etat des Reichsamtes des Innern und zwar beim Capitel: Reichscommissariate bespricht Abg. Lingen den Bericht des Reichscommissars für das Auswanderungswesen; er weist auf die in demselben constatirte Steigerung der Auswanderung auf das Dreifache des Vorjahres hin. Die Auswanderung habe auch im Rheinlande und Westfalen bedeutende Dimensionen angenommen. Das sei demeritendwerth, denn der Rheinländer und Westfale trenne sich schwer von seiner Heimath. Redner folgert aus dem Briefe eines Auswanderers, der seinen nicht unbedeutenden Grundbesitz verläßt, daß die Kirchenverfolgung in Preußen die Leute zur Auswanderung treibe, weil sie in Amerika freie Religionsübung hätten. Er befürchte ein weiteres Anwachsen des Stromes der Auswanderung, wenn der Culturlampf nicht aufhöre. Die Reichsregierung müsse die Auswanderungsfrage ins Auge fassen; die Auswanderung nach Amerika stärke unsere Concurrenten. Redner wiederholt die schon im vorigen Jahre von ihm ausgesprochene Bitte, daß seitens der Reichsregierung eine Verabredung mit der österreichischen Regierung getroffen werde, welche es ermögliche, den Strom der Auswanderung nach Westen zu lenken.

Präsident von Soller trägt nachträglich den Ausdruck „Kirchenverfolgung“ als nicht parlamentarisch und weist den Widerspruch des Abgeordneten Lingen, der berechtigt zu sein glaubte, diesen Ausdruck als allein bezeichnend zu gebrauchen, mit Entschiedenheit zurück; der Präsident allein habe die Ordnung aufrecht zu erhalten und dem betroffenen Abgeordneten stehe nur die Appellation an das Haus im geschäftsmäßigen Wege zu.

Um 4½ Uhr wird die weitere Beratung des Stats bis Mittwoch 12 Uhr vertagt.

□ Berlin, 21. März. [Der drohende Conflict und das Centrum. — Das Aspiren in der Schweiz. — Reichstagsferien. — Die Ergebnisse der Gerichtsferien. — Abreise des Kronprinzen.] Das Centrum befindet sich in einem Dilemma, aus welchem es einen Ausweg zu finden trachtet. Es möchte nicht, daß die Frage, ob die Kosten des Zollanflusses von einer Bewilligung des Reichstages abhängen, auf die Spitze getrieben werde. Vor aller Augen liegt der Keim eines Verfassungskonfliktes in der Stellung, welche die Regierung in den Erklärungen des Herrn Scholz eingenommen hat. Die Führer des Centrums suchen daher auf die Conservativen, mit denen sie es nicht verderben möchten, während sie andererseits nicht die Gewähr übernehmen können, als geschlossenes Ganze zu stimmen, falls die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren sollte, darauf hinzuwirken, daß in der Commission ein Ausweg gefunden werde. Darnach will man zwar der Regierung nicht zumuthen sich mit der Resolution Ricker-Karsten einverstanden zu erklären, hofft aber doch eine Form zu finden, in welcher, ohne es direct auszusprechen, dasselbe erreicht wird. In liberalen Kreisen sieht man dem drohenden neuen Conflict ruhig entgegen. Man würde in demselben jedenfalls eine neue, wirksame Waffe für die Reformen haben. — Der hiesige Schweizerische Bevollmächtigte, Herr Roth, hat es vor einigen Tagen als undenkbar bezeichnet, daß das Aspiren in irgend einer Weise in der Schweiz beschränkt werden könnte. Angesichts der neuesten Kundgebungen der politischen Flüchtlinge aller Nationen in London, Paris, Newyork und Genf tritt die Frage einer Gesamtvorstellung der Mächte bei dem Bundesrathe bezüglich der Ueberwachung, resp. Ausweisung bekannter Revolutionäre wieder lebhaft in den Vordergrund und es soll gerade dies einen Punkt der Beratungen bilden, zu welchen die sämmtlichen im Auslande accreditirten Botschafter Russlands nach Petersburg geladen sind. — Es bestätigt sich, daß nach der ersten Lesung des Unfall-Versicherungsgesetzes, der Vorlagen gegen die Trunksucht und über die neuen Steuern in den Plenarberatungen des Reichstages eine längere Pause eintreten wird. Ueber den Zeitpunkt derselben läßt sich jedoch Bestimmtes noch nicht sagen. — Der Zusatz in der hierher angeordnet, daß behufs Feststellung des finanziellen Ergebnisses der neuen Gerichtsverfassung in den Jahren 1881/82 die Gerichtskosten, welche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erhoben werden, getrennt von den Kosten in anderen Rechtsangelegenheiten zu verrechnen und zusammenzustellen sind. — Der Kronprinz reist, wie heute Abend officiell gemeldet wird, am Dienstag Abends 11½ Uhr nach Petersburg ab. Heute Vormittag wurde Herr Professor Dr. Caro aus Breslau vom Kronprinzen in besonderer Audienz empfangen. — In der Kapelle der hiesigen russischen Gesandtschaft findet aus Anlaß des Todes des Kaisers täglich um 12 Uhr Trauergottesdienst statt, der bis nach dem Beisetzungsfeiertage fortgesetzt werden wird.

—ch— Dypeln, 21. März. [Herr Regierungs-Präsident, Freiherr von Duadt.] hat sich nach Berlin begeben, um an den Sitzungen der Central-Moor-Commission theil zu nehmen und gecont am 29. d. M. hierher zurückzukehren.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

München, 21. März. Der König hat dem Staatssecretär im Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael und dem Staatssecretär im Reichsamt des Aeußern, Reichsminister v. Scholz, das Großkreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone verliehen.

Stuttgart, 21. März. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet aus Cannes: Ihre Majestäten empfinden schmerzlich den Verlust des vielgeliebten Bruders und Schwagers; dieselben empfangen von den befreundeten Souveränen und anderen fürstlichen Personen, sowie von einer Reihe Gemeindeglieder die rührendsten Beweise der Theilnahme. Hervorragende Fremde aller Nationalitäten thaten ihr Beileid und ihre Entrüstung über die schreckliche Begebenheit kund.

Wien, 21. März. Im volkswirtschaftlichen Ausschusse interpellirte Hallwirth den Handelsminister über das zollpolitische Programm, ob mit der anderen Reichshälfte wegen der Revision des allgemeinen Zolltarifes Vereinbarungen getroffen seien, und welche Stellung der Minister gegenüber der Frage der Bindung einzelner Zollpositionen des österreichischen Tarifs im Verkehr mit Deutschland einnehme. Bezüglich der Erklärungen des Ministers wurde Geheimhaltung beschlossen. Der Eisenbahnausschuß setzte die Specialdebatte über die Westbahnvorlage fort und gelangte bis incl. § 12. Die Bestimmungen über die Goldzahlungen veranlaßten eine lebhafte Debatte. Bei der Abstimmung wurden sowohl die Bestimmungen, welche sich auf die Goldzahlungen beziehen, als alle übrigen verhandelten Paragraphen mit sämmtlichen Stimmen der der Majorität des Hauses angehörigen Mitglieder gegen jene der Liberalen angenommen.

Paris, 21. März. In dem heute Vormittag stattgehabten Ministerrathe wurde kein Beschluß in Betreff des Eisencontinums gefaßt. Die Mitglieder des Cabinets werden Abends bei dem Ministerpräsidenten Ferry zusammentreten, um ein Mittel ausfindig zu machen, eine Ministerkrise zu vermeiden oder doch wenigstens hinauszuschieben. Eine definitive Entscheidung soll in einem neuen Ministerrathe getroffen werden, welcher morgen im Elyséeapalast unter dem Vorhänge des Präsidenten Grövy stattfinden wird. Die Ansichten über die schließliche Lösung der Frage sind sehr widersprechend.

Paris, 21. März. Deputirtenkammer. In Beantwortung der Interpellation des Deputirten Dröelle über die neue Anleihe von einer Milliarde hob der Finanzminister Magnin den Erfolg hervor, welchen die Anleihe gehabt habe und betonte, es sei niemals bei der Aufnahme einer Anleihe in lokaler Weise verfahren worden. Es sei Niemandem irgend ein Privilegium in Bezug auf dieselbe gewährt worden, noch sei irgend eine PreSSION auf die Börse oder auf die Presse ausgeübt worden. Die Anleihe sei weder eine Kriegsanleihe, noch stehe dieselbe mit Wahlzwecken in Verbindung. Es sei eine Anleihe des Friedens und der Arbeit und schon seit langer Zeit in Aussicht genommen und vorbereitet. Die Kammer nahm hierauf einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher sie ihre Zustimmung zu den Erklärungen des Finanzministers ausdrückt.

London, 21. März. Der Prinz und die Prinzessin von Wales treten heute Abend die Reise nach Petersburg an. Der russische Botschafter, Fürst Lobanow, ist bereits gestern Abend dahin abgereist.

London, 21. März. „Standard“ meldet aus Mount Prospect, es sei die Ansicht verbreitet, die Boern nehmen die Friedensbedin-

gungen der Engländer an. — Unterhaus. Gladstone erklärt, die Budgetvorlage erfolge am 4. April, die irische Landbill wird am 7. April eingebracht. Die Osterferien dauern vom 8. bis 25. April, dann erfolgt die zweite Lesung der irischen Landbill. Hartington antwortet Dnslow, sofort nach dem Beschluß, Kandahar aufzugeben, würden Communicationen mit Abdurrahman betreffs Sadaqhanstans eröffnet. Der Emir bräute seine Dankbarkeit aus und wünschte sehr eine Zusammenkunft mit Ripon, die aber anlässlich Ripons Krankheit unterbleiben mußte. Der Emir schickte einen Gesandten nach Calcutta, um über die Kabuler Fragen zu conferiren, der nach Kabul zurückkehrte. Im Januar theilte Ripon dem Emir mit, er beabsichtige Kandahar an Ksghantstan zurückzugeben; er sei bereit, des Emirs Autorität über Kandahar auszudehnen, seine Regierung, sobald sie errichtet sei, anzuerkennen und ihm mit allgemeiner, wie in Kabul mit beschränkter materieller Hilfe beizustehen. Abdurrahman acceptirte die Offerte, den Wünschen des Vizekönigs entsprechend. Bereits seien Truppen aus Kabul geschickt, die Anfang April in Kandahar eintreffen werden. Englands Vorbereitungen zum Abzug aus Kandahar seien vollendet. Mehrere leitende Sirbars in Kandahar haben schon Abdurrahman brieflich ihre Treue zugesagt. — Gladstone antwortet Beach, der Regierung seien keine wichtigen Nachrichten über die Verhandlungen mit den Boern zugegangen. — Hartington erklärt: Die afghanischen Kriegskosten betrugen bis zum 31. März 1881 nach neuester Aufstellung 19,574,000 Pfund Sterl., davon 4,058,000 Pf. St. für Grenzbahnen. — O'Donnell lenkt die Aufmerksamkeit auf seine Suspension in der Sitzung vom 8. März und beantragt einen Beschluß, der Vorstehende habe unter einem irrigen Eindrucke gehandelt. Gladstone und Northcote erkennen an, die gemäßigste Erklärung O'Donnells zeige, er wolle dem Vorstehenden nicht die schuldige Achtung versagen, aber sie könnten nicht für den Antrag stimmen, weil dies die Autorität des Vorstehenden schwächen würde. Gladstone verspricht, er werde erwägen, wie die Suspension O'Donnells aus dem Protokoll zu entfernen ist. O'Donnell zieht seinen Antrag zurück. Das Haus discutirt den Nachtragscredit über den Transvaalkrieg.

Bukarest, 21. März. Heute begann vor den Rissen der Proceß gegen Pietaru und zwei Mithschulbige wegen der am 14. December versuchten Ermordung Bratianos.

Triest, 21. März. Der Lloydampfer „Jupiter“ ist heute Morgen mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 21. März. Der Hamburger Postdampfer „Westphalia“ ist hier eingetroffen.

Southampton, 21. März. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Rhein“ ist hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. L. B.) Paris, 21. März, Abends. [Boulevard.] 3% Rente —. —. Neueste Anleihe 1872 120, 85. Türken 13, 40. Neue Egyptier 365, —. Banque ottomane —. Italiener 90, 70. Chemins —. —. Desfr. Goldrente —. —. Ungar. Goldrente 98, 43. Spanier erster 21½, inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose —. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Fest. Frankfurt a. M., 21. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 20, 507. Pariser Wechsel 80, 87. Wiener Wechsel 174, 05. Köln-Mindener-Stamm-Aktion 150%. Rheinische Stamm-Aktion 162%. Hessische Ludwigsbahn 90%. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131%. Reichsanleihe 101%. Reichsbank 145%. Darmstädter Bank 144%. Meiningen Bank 96%. Desfr.-Ungarische Bank 703, 00. Creditactien 257. Silberrente 64%. Papierrente 63%. Goldrente 79%. Ungarische Goldrente 97%. 1860er Loose 121%. 1864er Loose 313, 80. Ungarische Staatsloose 222, 00. Ungar. Oekonomie-Obligat. II. 87%. Böhmische Westbahn 225%. Elisabethbahn 176%. Nordwestbahn 168%. Galizier 231%. Franzosen 249%. Lombarden 90. Italiener —. 1877er Russen 91½. 1880er Russen 73%. II. Orientanleihe 59%. III. Orientanleihe 59. Central-Pacific 112%. Wiener Bankverein 108%. Kronpr. Rudolf —. Ungarische Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat-Discount — pSt. Spanier —. Fiemlich fest. Nach Schluß der Börse: Creditactien 257%. Franzosen 250%. Galizier 232%. Lombarden —. Ungar. Goldrente 97%. 1880er Russen —. II. Orientanleihe —. III. Orientanleihe —. Desfr.-Ungar. Bank —. *) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 21. März, Nachm. [Schluß-Course.] Breuss. 4proc. Consols 101½. Hamburger St.-Pr.-A. 127½. Silberrente 65½. Desfr. Goldrente 80. Ung. Goldrente 97%. Credit-Actien 257%. 1860er Loose 122½. Franzosen 626. Lombarden 224. Ital. Rente 90. 1877er Russen 91½. 1880er Russen 72½. II. Orient-Anl. 57%. Laurahütte 107%. Norddeutsche 161%. 5% Amerik. 94%. Rhein. Eisenbahn 163½. do. junge 158½. Berg.-Märkische do. 112. Berlin-Hamburg do. 229. Altona-Kiel do. 155%. Discount 2%. Rußig.

Hamburg, 21. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fest. Roggen loco ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 209, 00 Br., 208, 00 Gd., pr. Juni-Juli 215, 00 Br., 214, 00 Gd., Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Mai-Juni 186, 00 Br., 185, 00 Gd. Hafer fest. Gerste ruhig. Rüböl matt, loco 54, 50, pr. Mai 54, 50. Spiritus still, pr. März 47 7/8 Br., pr. April-Mai 46 7/8 Br., pr. Mai-Juni 46 7/8 Br., pr. Juni-Juli 47, 00 Br. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. Petroleum ruhig, Standard white loco 7, 80 Br., 7, 60 Gd., pr. März 7, 60 Gd., pr. August-December 8, 00 Gd. Wetter: Schön.

Hafen, 21. März. Spiritus pr. März 51, 80, pr. April 52, 10, pr. April-Mai 52, 40, pr. Juni 53, 80. Gel. 35,000 Liter. Matt. Liverpool, 21. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Nutzmahlischer Umsatz 8000 Ballen. Fest. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 15,000 B. amerikanische. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6½/32 D.

Liverpool, 21. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Dholerah fair 4½, do. good fair 4½, Comra fair 4½, do. good fair 4½ D. Anderes fest. Middl. amerikanische April-Mai-Lieferung 6½/32, Mai-Juni-Lieferung 6½/32 D.

Fest, 21. März, Borm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco gebessert, auf Termine ruhiger, pr. Frühjahr 11, 30 Gd., 11, 35 Br., pr. Herbst 10, 30 Gd., 10, 35 Br. Hafer pr. Frühjahr 6, 35 Gd., 6, 40 Br. Mais pr. Mai-Juni 6, 84 Gd., 5, 86 Br. Rohrzucker 12%. — Wetter: Brachtdoll.

Paris, 21. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, pr. März 29, 75, pr. April 29, 10, pr. Mai-Juni 28, 75. Roggen behauptet, pr. März 22, 00, pr. Mai-August 21, 25. Mehl fest, pr. März 63, 25, pr. April 62, 90, pr. Mai-Juni 62, 10, pr. Mai-August 61, 80. Rüböl ruhig, pr. März 71, 50, pr. April 72, 00, pr. Mai-August 73, 50, pr. September-December 74, 75. Spiritus behauptet, pr. März 60, 50, pr. April 60, 50, pr. Mai-August 60, 00, pr. September-December 58, 00. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 21. März, Nachmittags. Rohrzucker 88° loco ruhig, 57, 25. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. März 67, 50, pr. April 67, 75, pr. Mai-August 68, 25.

London, 21. März, Nachm. Habannazucker Nr. 12 24. Rußig.

Amsterdam, 21. März, Nachm. Vantazinn 53.

Antwerpen, 21. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 20 bez., 20½ Br., pr. April 20 Br., pr. September-December 20½ bez., 21 Br. Fest.

Bremen, 21. März, Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 00 Br., pr. April 7, 80 Br., pr. Mai 7, 80 Br., pr. August-December 8, 30 Br.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 21., 22.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 4,5	+ 0,5	2,4
Luftdruck bei 0° (mm) ..	737,3	739,2	740,6
Luftdruck (mm)	5,6	4,4	3,4
Dunstfälligkeit (pSt.) ..	89	92	89
Wind	W. 1.	W. 1.	N. 2.
Wetter	Negen.	Schnee.	bededt.

die griechisch-türkische Frage angeht, der launenhaften Haltung der
Börse dennoch zu ernstern Verwickelungen führen könne. Auch die
gestern von Gambetta in der General-Verammlung der L'Union du
commerce et de l'industrie zu Paris gehaltenen Rede wurde von mancher
Seite ungünstig commentirt. Daß unter diesen Umständen, welche durch die
vorliegenden schwachen auswärtigen Notirungen eine weitere Erschwerung er-
fahren, die Tendenz der Börse keine sehr freundliche sein konnte, ist einleuchtend.
Es herrschte auf allen Gebieten eine höchst unzulässige Stimmung,
welche größere Umsätze nirgends zu Stande kommen ließ und das Cours-
niveau, zum Theil recht wesentlich, unter den Sonnabendstand drückte. Credi-
tactien verloren circa 5 M., obgleich verlautete, der Finanzminister Es-
garay werde noch in dieser Woche dem Parlamente sein Project bezüglich
der Rentenconversion vorlegen. Lombarden waren gänzlich vernachlässigt
und Franzosen schwach, trotzdem ihr leibschönlischer Betriebsausweis
ein Plus von 66,177 Jt. konstatirt. Der Rentenmarkt war recht still, Ab-
schlüsse vollzogen sich nur auf der Basis von Coursconcessionen Seitens der
Verkäufer. Von den österreichischen Nebenbahnen errenten sich nur Al-
brechtshahn und Duxer einiger Beliebtheit. Russische Anleihen wie auch
Noten waren matt, man verkennt nicht die liberalen Intentionen Alexan-
ders II., welche er neuerdings wieder durch die geplante Reducirung der
bäuerlichen Looslauf-Schuldungen documentirt, man fürchtet aber, daß ihm
die Beschwichtigung der nationalen Leidenschaften in der nächsten Zeit noch
nicht gelingen werde. Auf dem localen Speculations-Gebiete waren
es vorzugsweise Disconto-Commandit, welche erheblich nachgeben mußten.
Auch die übrigen Banken, sowie Eisenbahnwerthe lagen schwach. Montan-
werthe verloren im Course, weil die letzten Glasgower Nachrichten nicht
befriedigten. Im weiteren Verlaufe der Börse trat die Geschäftsbüchtheit
aus den engsten Grenzen nicht heraus, die Tendenz blieb eine höchst reservirte
und der Coursestand im Allgemeinen ziemlich unbedändert, nur Galizier
und Creditactien erfuhren eine bemerkenswerthe Aufbesserung, während
russische Anleihen weiter zurückgingen. Schluß fester in Folge besserer
Pariser Notirungen.

Course um 2½ Uhr: Rubiger. Credit 517,00, Franzosen 502,50, Lom-
barden 181,00, Reichsbank 145,80, Disconto-Comm. 173,50, Handels-Gesell-
schaft —, Laurahütte 107,87, Dortmunder Union 84,50, Bergische 112,12,
Rundnische Rente 94,12, Lürten 13,12, Italiener 90,37, Oesterreichische
Gold-Rente 80,00, dito Silber-Rente 65,25, dito Papier-Rente 63,75,
Ling. Goldrente 97,87, Spruce. Russen 1877 94,00, 4proc. do. 1880er 74,00,
Köln-Mindener —, Rheinische —, II. Orient-Anleihe 59,25 do. III.
59,00, Russ. Noten 209,50, Wiener Bankverein 216,50, Buschthaber 72,25,
Inhabits-Anleihe 94,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silber-Coup. 173,75
per April, do. Eisenbahn-Coupon 173,75 per April, do. Papier in Wien
zahlbar min. 50 Pf. l. Wien, Amerikanische Gold-Doll.-Bonds 4,215 bez.,
per April, do. Brioniiten 4,215 bez., do. Papier-Dollar 4,215 bez., 6% New-
York-Citr. 4,215 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u.
berl. min. 75 Pf. l. Berl., Poln. Papier u. berl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.
Zoll 20,53 — 20,51,5 bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsb. — bez., Russ.
Boden-Credit —, bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau
Lersopol —, bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diver-
in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam,
Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Str.-
Obligat. 20,42 bez.

Berlin, 21. März. [Producten-Vericht.] Das Wetter, gestern
regnerisch, hat sich heute freundlicher gestaltet. Der Terminhandel in Roggen
war sehr schwach und die Preise vom Sonnabend haben sich nur mit Mühe
aufrecht erhalten lassen, die Stimmung darf matt genannt werden. Das
Effectivgeschäft blieb eng begrenzt, die mäßigen Anerbietungen genügen der
beschränkten Nachfrage allerdings vollauf. — Roggenmehl ziemlich fest.
— Weizen genießt wenig Beachtung, Terminpreise scheinen zum Rückgang ge-
neigt. Das Angebot loco war reichlich, aber die Forderungen sind fest.
— Hafer loco gut veräußlich, Termine etwas höher. — Rüböl wenig belebt
und ohne wesentliche Änderungen im Werthe. — Petroleum etwas fester.
— Spiritus eröffnete matt und schließt fest, weil Dedungskäufe, mit Eifer
betrieben, das Uebergewicht erlangt haben.

Weizen loco 170—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert
gelber märkischer — M. ab Bahn bez., stark defecter polnischer — M. ab
Bahn bez., do. Hammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., fein
weiß polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß udermärkischer —
Markt ab Bahn bez., per April-Mai 211½—211 Markt bez., per Mai-
Juni 212½—212 Markt bez., per Juni-Juli 213 Markt bez., per Juli-
August 209½—209 Markt bez., per September-October 205½—205 M. bez.
Gefündigt — Centner. Rübungspreis — M. — Roggen loco 188
bis 210 Markt per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländischer mit
starkem Auswuchs — Markt ab Bahn bez., inländischer 200 bis 204
Markt ab Bahn bez., stark defecter — Markt ab Bahn bez., polnischer
mit etwas Geruch — M. ab Bahn bez., Hammer inländischer 188—196 M.
ab Bahn bez., feiner inländ. 205—206 M. ab Bahn und Boden bez., per
März — M. bez., per April-Mai 199½—199½ Markt bez., per Mai-Juni
192½—192 M. bez., per Juni-Juli 184—183½ Markt bez., per Juli-August
174—173½ Markt bez., per September-October 168—167½ Markt bez.
Gefündigt — Centner. Rübungspreis — Markt. — Gerste loco 145 bis
200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer loco 153—175 Markt per
1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 158—163 M.
bez., russischer 157—162 Markt bez., pommerischer, medlenburgischer und
udermärkischer 161—165 Markt bez., schlesischer 162—166 Markt bez., böb-
mischer 162—166 Markt bez., fein weiß russ. — Markt bez., neumärkischer
— Markt bez., galizischer — Markt ab Bahn bez., fein weiß medlen-
burgischer 166 bis 170 Markt ab Bahn bez., per März — Markt bez., per
April-Mai 152 M. Ob., per Mai — Markt bez., per Mai-Juni 152½ Markt
bez., per Juni-Juli 153 Markt bez., per Juli-August — M. bez. Gefündigt
— Ctr. Rübungspreis — Markt. — Erbsen, Rothwaare 178—215 M.,
Futterwaare 153 bis 177 Markt per 1000 Kilo nach Qualität gefordert.
— Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unverteuert incl. Sad Nr. 00: 30,00 bis
28,50 M., Nr. 0: 28,50—27,50 Markt, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 M.
bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unverteuert incl. Sad Nr. 0:
28,75—27,75 Markt bez., Nr. 0 und 1: 27,50—26,50 M. — Delfaaten:
Winter-Raps — M., Winter-Rüben — Markt bez., Raps galizischer
— Markt bez. — Weizen 65 M. bez. — Mais loco 146—150 Markt nach
Qualität gefordert, geringer neuer rumänischer — Markt ab Bahn bez.,
amerikanischer — Markt ab Bahn bez., neuer ungar. — M. ab Bahn bez.,
feiner weißer medlenburg. — M. ab Bahn bez., per März 145 M. bez.,
per April-Mai 131½—131½ M. bez., Mai-Juni 130 M. bez., per Juni-
Juli 128½ M. bez. Gefündigt — Ctr. Rübungspreis — M. —
Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad: per März 27,60
Markt bez., per März-April 27,50 Markt bez., per April-Mai 27,35—27,40
Markt bez., per Mai-Juni 26,70 Markt bez., per Juni-Juli 26 Markt bez.,
per Juli-August 25 Markt bez. Gefündigt — Centner. Rübungspreis —
Markt. — Rüböl loco pro 100 Kilo mit Faß 51,9 M. bez., ohne Faß
51,6 Markt bez., per März 51,9—51,8 M. bez., per März-April 51,9—51,8
Markt bez., per April-Mai 51,9—51,8 Markt bez., per Mai-Juni 52,4—52,6
Markt bez., per Juni-Juli 53,2 Markt bez., per Septbr.-Oct. 54,6 M. bez.
Gefündigt — Ctr. Rübungspreis — M. — Petroleum loco pro 100
Kilo incl. Faß 26,4 M. bez., per März 26,2 Markt bez., per März-April
25,3 M. bez., per April-Mai 24,5 Markt bez., per Mai-Juni — M. bez.,
per September-October 25,2—25,1—25,2 Markt bez., per Octbr.-November
— M. bez. Gefündigt 100 Ctr. Rübungspreis 26,4 Markt.

Spiritus loco ohne Faß 53,8 M. bez., per März 54,5 M. nom.,
per März-April 54,5 Markt nom., per April-Mai 54,9—54,8—55 Markt
bez., per Mai-Juni 55,1—55—55,2 M. bez., per Juni-Juli 55,8—55,7
bis 55,9 Markt bez., per Juli-August 56,6—56,5—56,7 Markt bez., per
August-September 56,7—56,6—56,8 M. bez. Gefündigt — Liter. Rüb-
ungspreis — Markt.

Wreslau, 22. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die
Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unbed-
ändert.

Weizen, zu notizten Preisen gut veräußlich, per 100 Kilogr. schlesischer
weißer 19,00 bis 20,60—21,50 Markt, gelber 18,00—19,60 bis 20,50 Markt,
feinste Sorte aber Notiz bezahlt.

Roggen bei schwachem Anbot unbedändert per 100 Kilogr. 19,00

Swissus loco ohne Faß 53,8 M. bez., per März 54,5 M. nom.,
per März-April 54,5 M. nom., per April-Mai 54,9-54,8-55 M. bez.,
per Mai-Juni 55,1-55-55,2 M. bez., per Juni-Juli 55,8-55,7
bis 55,9 M. bez., per Juli-August 56,6-56,5-56,7 M. bez., per
August-September 56,7-56,6-56,8 M. bez. Gefündigt — Liter. Ründi-
gungspreis — M. l.

• Breslau, 22. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die
Stimmung im Allgemeinen sehr ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unter-
ändert.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. Schleicher
weißer 19,00 bis 20,60-21,50 M. l., gelber 18,00-19,60 bis 20,50 M. l.,
feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei schwachem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 19,00
bis 19,60 bis 20,20 M. l., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste behauptet, per 100 Kilogr. 14,60-15,70 M. l., weiße 16,40
bis 17,00 M. l.

Hafer gut preishaltend, per 100 Kilogr. 14,00-14,40-15,00 bis 15,00
M. l., feinstes über Notiz bezahlt.

Malz in sehr fester Stimmung, per 100 Kilogr. 13,20-13,50-13,80 M. l.
Erbsen preishaltend, per 100 M. l. 17,50-18,50 bis 20,50 M. l.,
Bicoloria 20,00-21,00-21,50 M. l.

Deutsche Jugend. Herausgegeben von Jul. Lohmeyer. Künstlerischer Leiter Oscar Bleich. Verlag von Alpbons Darr, Leipzig. Das März-Heft (Band XVII, Heft 6) enthält: Die treuen Gunde, eine wahre Geschichte vom Anton Dorn, mit Original-Zeichnungen von Eugen Klimsch. Die Rache des Gnanen, von Joh. v. Wildenrath, mit Original-Zeichnungen von Joh. Gehrt. Der belährte Herr Professor, Lustspiel in 4 Aufzügen von Emil und Amalie Frommel, mit Original-Zeichnungen von Jul. Kleinmichel. Die Erstforschung der Nigermündung. Afrikanische Reisezüge von Oscar Höder (Schluß), mit Original-Zeichnungen von C. Osterbinger. Dolpaß, ein Märchen von Heinrich Seidel, mit Original-Zeichnungen von Eugen Klimsch.

[**zur Reife des Kronprinzen nach Petersburg**] erzählt die „R. Fr.“ folgende für Kaiser Wilhelm höchst charakteristische Anekdote. Als von einer Seite die Frage der persönlichen Sicherheit des Kronprinzen geltend gemacht wurde, erwiderte der Kaiser ernst: „Faisons notre métier.“ Nichts kann wohl das Pflichtgefühl des greisen Monarchen und zugleich den tiefen Eindruck, den die Petersburger Katastrophe auf ihn machte, besser charakterisieren, wie diese wenigen Worte.

Richtig lag seinem noblen Sinne fernere als die Knauserel, und doch kam er manchmal in den Versuch derselben wegen seiner Unkenntniß des Geldes. Als vor Jahren für einen depossedirten König im Elden Europas, der im arge Geldverlegenheit gerathen war, unter den Höfen eine Sammlung eingeleitet worden war, und Alexander II. von dem Votschaffer einer bejourneten Macht mit warmen Worten um einen Vertrag angegangen wurde — zeigte sich der Czar auf das Schmerzlichste berührt von der Lage des depossedirten Königs, lenkte die Hand in eine mit Imperialis gefüllte Dose auf seinem Schreibtisch und gab dem Votschaffer die ergrünneten Goldstücke. Es waren ihrer sieben an der Zahl. Der Votschaffer, obgleich empfindlich berührt, sprach seinen Dank aus — schickte aber im Namen des befreundeten Hofes das Geld zurück. Da hörte sich das Mißverständniß auf, Kaiser Alexander hatte dem entthronten König ansehnlich helfen wollen und in seiner Unkenntniß des Geldes die Gabe für eine sehr bedeutende gehalten. Der Irrthum wurde sofort durch die Zeichnung eines überraschend hohen Betrages für den entthronten König auf gemacht. Dieser Fall stand nicht vereinzelt da, nur war dem Betreffenden nicht immer die Gelegenheit gegeben, die Nemesis zu suchen. Im Gegenseite zu diesen Vorzügen warf Alexander II. oft buchstäblich das Geld zum Fenster hinaus. Während des letzten russisch-türkischen Krieges hatte die russische Intendantur in Ploieşti Silowos nur immer Angst, daß der Czar — der es liebte, in den Aemtern überraschend zu erscheinen — zu einem Handels-Abbruch mit einem Lieferanten dazukomme. Denn in solchem Falle richtete der Czar stets an den Lieferanten die Frage, welchen Gegenstand er liefern könne, und wenn ihm derselbe notwendig schien, bewilligte er sofort den geforderten Preis. Eine Reihe riesiger Prozesse haben in Folge der Intervention des Czaren sich zwischen der russischen Intendantur und den Lieferanten entsponnen. Uebri gens legte der Czar, wenn man ihn später über die Sachlage aufklärte, kein Gewicht darauf, sein gegebenes Wort einzulösen. Mehr als alles Andere vielleicht giebt diese vollständige Unkenntniß vom Werthe des Geldes eine Vorstellung von der über den Dunstkreis der Menschen so hoch hinausragenden Stellung eines russischen Autokraten, der in den Augen seines Volkes fast für einen Gott gilt.

in Japn, seit Gregoire Babitschew der französischen Academie Vorträge über seine Studien der Umfegung von Wärme in Electricität machte. Seitdem wurden die Resultate der Experimente Babitschew's auch in weiteren Kreisen bekannt. Der Erfinder nennt seinen Apparat, welcher die Wärme in Electricität transformirt, Thermo-Electrophor. Dieser hat nicht das Geringste von den bekannten Thermosäulen an sich. Das Princip dieses Apparats dürfte auch die Entstehung der atmosphärischen Electricität, sowie jener der Dampf-Electrirmaschine von Armstrong (1840) erklären. Bei diesem Apparat erfolgt die Erzeugung der Electricität beim Uebergange der Dämpfe gewisser Flüssigkeiten in den trocknen Zustand in dem Momente, wo die calorische Energie sich in elektrische umsetzt. Babitschew berichtet, daß, mittels gewisser Kunstgriffe, er auch die Luftwärme zur Stromerzeugung werde ausnützen können. Der Erfinder hofft, daß sein Apparat $\frac{1}{2}$ der Wärme aus der Wärmequelle in Electricität werde umwandeln können. Mit der Gramme'schen Maschine combinirt, nennt Babitschew seinen Apparat Dynamophor; dieser dürfte, nach dem Erfinder, einen sehr leichten und sehr wirksamen Motor geben. Ueber diese Apparate nun erhält die „Presse“ aus Smolensk von einem Reisenden, welcher den Erfinder in seinem Wohnsitze, Witebsk aufsucht, die einige nähere Daten, welche bei der Wichtigkeit des Gegenstandes allgemein interessieren dürfen. Das Problem, welches Babitschew mit seinem Thermo-Electrophor lösen will, besteht darin, die Electricität in wohlfeilster Weise für die Beleuchtungs- und für Bewegungs-Maschinen zu erzeugen und dieselbe dadurch in der Technik und im gewerblichen Leben einzubürgern. Im Thermo-Electrophor entsteht Electricität in dem Augenblicke, in welchem die Dämpfe gewisser Flüssigkeiten (Wasser, flüssiger Ammoniak) in den festen Zustand übergehen, indem Dämpfe unter hohem Drucke mittels eines eigenthümlichen Canals in einen leeren Raum ausströmen (dies mahnt einigermaßen an den Rasterey'schen Apparat für die Erzeugung fester Kohlenäure). Gegen obige Mittelung würden also jene Flüssigkeiten in den festen Zustand übergeführt. Der Thermo-Electrophor hat die Form eines langen Cylinders. Dieser einfach aussehende Apparat gestattet auch die Regulierung des elektrischen Stromes. Die Erzeugungskosten des letzteren sollen nur $\frac{1}{2}$ von jenen betragen, welche die dynamoelektrischen Apparate in Anspruch nehmen. Verbunden mit einer Gramme'schen Maschine erhält man einen Motor, der ökonomischer als die Dampfmaschine sein soll. Der Erfinder hat ferner seinen Apparat verwendet bei seinen „Pyrophoren“, in welchen das Wasser in seine Bestandtheile (Wasserstoff und Sauerstoff) zerlegt wird, welche dann bei ihrer Verbrennung zur Heizung und zur Erzeugung sehr heißer Flammen verwendet werden. Ueber den Erfinder meldet der Berichtstatter der „Presse“, daß derselbe erst 23 Jahre alt sei. Derselbe hat die Mittelschule zu Witebsk und die Ingenieurschule in Petersburg absolvirt. Seit Absolvirung der letzteren (1877) beschäftigt er sich zu Witebsk mit Vorliebe mit physikalischen Studien.

Heiter Oscar Petter: *Heinrich von Arpingtons Ditt, Lenzens Das Ditt, Ditt* (Band XVII, Heft 6) enthält: Die treuen Hunde, eine wahre Geschichte vom Anton Oborn, mit Original-Zeichnungen von Eugen Klmsch. Die Rache des Guandeh, von Joh. v. Wildenrath, mit Original-Zeichnungen von Joh. Gebrets. Der belohnte Herr Professor, Lustspiel in 4 Aufzügen von Emil und Amalie Frommel, mit Original-Zeichnungen von Jul. Kleinmichel. Die Erforschung der Nigermündung. Afrikanische Reisezüge von Oscar Höder (Schluß), mit Original-Zeichnungen von C. Osterdinger. Dolpaßsch, ein Märchen von Heinrich Sedel, mit Original-Zeichnungen von Eugen Klmsch.

Ein Kellner mit guten Zeugnissen sucht bei bescheidenem Anspruch baldige Stellung.
Gef. Off. erb. **D. Rasmke**, Ratibor, Langestraße 26, Hof, 2 Tr. [3252]

2 Kämmer sind sofort zu vermietzen **Blauer Stadtgraben 21.** [2393]

Verantwortlicher Redakteur: **Dr. Stein.**
Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.